

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Ersteinst wöchentlich am Sonntag.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rüststraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1917

Das Jahr 1917 war für die deutsche Arbeiterklasse ein Jahr bittersten Mangels und angespanntester Tätigkeit. Lebensmittel- und Warenmangel, sowie der überall blühende Kriegswucher haben zu einer Teuerung geführt, die scheinbar nicht mehr übertrieben werden kann. Aus der durch fortwährende Einberufungen zum Kriegsdienst zusammengeschnittenen Arbeitskräfte wird ein Höchstmaß an Arbeitsleistung herausgepreßt. Besonders für die durch Unterernährung geschwächten, in Nacht- und Wechselarbeit und überlanger Heberzeitarbeit angegriffenen Arbeiter der Metall- und Rüstungsindustrie entwickelten sich unhaltbare Zustände.

Da ist es nur natürlich, daß die Gewerkschaften bestrebt sein mußten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Arbeitern durch Eringung höherer Löhne und angemessener Einschränkung der Arbeitszeit Erleichterung zu verschaffen. Was auf diesem Gebiete vom Deutschen Metallarbeiter-Verband im vierten Kriegsjahre geleistet wurde, ist bisher unerreicht in der Gewerkschaftsbewegung. Nicht nur Verdiensterhöhungen in ungewöhnlicher Höhe sind 1917 durch die Tätigkeit des Verbandes erzielt worden, auch die Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, die in den ersten Kriegsjahren zurückgestellt werden mußten, waren von außerordentlichem Erfolg. In keinem Jahre, seit der Verband die Ergebnisse der Lohnbewegungen zahlenmäßig erfaßt, wurde die Arbeitszeit in dem Maße und für eine so große Zahl Personen verkürzt wie 1917. Für ganze Industriegebiete sind mit den Industrienverbänden einseitliche Abmachungen zur Regelung der Arbeitszeit getroffen worden, nach denen die regelmäßige Arbeitszeit nicht mehr als 52 oder 53 Stunden die Woche betragen soll. Häufig ist auch durch Einführung der Achtstundentag, sowie des freien Samstagvormittags Verkürzung der Arbeitszeit erzielt worden. Nur allein durch diese für die Gesundheit der Arbeiter gebotene Verbandsstätigkeit war es möglich, Zehntausende unserer Mitglieder vor dem körperlichen Zusammenbruch zu bewahren.

Es sind 1917 vom Deutschen Metallarbeiter-Verband 2531 Lohnbewegungen verschiedener Art durchgeführt worden. Von diesen Bewegungen waren 46 Angriffstreiks, 9 Abwehrtreiks, 1 Aussperrung, 2439 Bewegungen ohne Arbeits-einstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 36 Bewegungen zur Abwehr geplanter Verschlechterungen. Die folgenden Zahlen geben genauen Aufschluß über die Zahl der an diesen Bewegungen beteiligten Orte, Betriebe, die in diesen Betrieben Beschäftigten und Beteiligten, sowie der Organisationen.

Art der Bewegungen	Zahl der					
	Orte	Betriebe	Beschäftigten	Beteiligten	Deutscher Metallarbeiter-Verband	andere Organisationen
Angriffstreiks	46	16	73	55784	48621	7315
Abwehrtreiks	9	6	9	5277	765	963
Aussperrungen	1	1	1	7510	776	460
Bewegungen ohne Arbeits-einstellung:						
Angriff	2439	418	7344	1826469	1521370	425911
Abwehr	36	22	38	25362	6260	2541
Zusammen	2531	463	7465	1920422	1577792	436610

Das Auffallendste an diesen Zahlen ist neben der großen Zahl der 1917 durchgeführten Bewegungen die ungeheure Teilnehmerzahl. Nicht weniger als 1 577 792 Arbeiter waren 1917 an den Lohnbewegungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beteiligt. Damit ist die Zahl der an unseren Lohnbewegungen Beteiligten gegen das Vorjahr mit 669 017 Beteiligten, um mehr als das Doppelte überschritten, obwohl schon das Jahr 1916 durchweg Höchstzahlen bezüglich der Beteiligung und der Ergebnisse unserer Lohnbewegungen gezeigt hat.

Ein weiteres Anwachsen der Frauenarbeit in der Metallindustrie ergibt sich aus der gewaltigen Zunahme der an unseren Lohnbewegungen beteiligten Frauen. Augenfällig zeigt diese Entwicklung die folgende Aufstellung:

Jahr	In den an den Bewegungen erfaßten Betrieben				
	waren zusammen		daranter Frauen		v. d. Beteiligten
	befähigt	beteiligt	befähigt	beteiligt	
1913	424608	208986	22233	10170	4,8
1914	196120	58296	12063	2663	4,6
1915	387612	306909	65188	47114	15,5
1916	1 079 455	689 017	288 362	150 461	22,5
1917	1 920 422	1 577 792	624 688	470 460	29,6

470 460 Arbeiterinnen sind 1917 an unseren Lohnbewegungen beteiligt gewesen. Das ist gegen 1916 mehr als dreimal soviel. Während vor Kriegsbeginn die Zahl der in der Metallindustrie tätigen Frauen, von einzelnen Berufen abgesehen, gering zu nennen war, ist sie heute auf ein Drittel der Gesamtbeschäftigten gestiegen. Auf diese veränderten Verhältnisse wurde bei unseren Lohnbewegungen Rücksicht genommen. Viele unserer Lohnbewegungen wurden 1917 überhaupt nur von Frauen durchgeführt. Und bei den meisten Bewegungen, wo eine größere Zahl Frauen in Betracht kam, sind besonders, den Wünschen der Arbeiterinnen gerecht werdende Forderungen aufgestellt worden.

Die wichtigsten Forderungen der Lohnbewegungen dieses Jahres waren Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Akkordpreise und Teuerungszulagen. So wurde bei 248 Bewegungen mit 316 522 Beteiligten Arbeitszeitverkürzung gefordert, in 1992 Fällen mit 1 041 526 Beteiligten war die wichtigste Forderung Lohnerhöhung und in 178 Fällen mit 179 547 Beteiligten wurde Teuerungszulage verlangt.

Anderes Forderungen, wie Abschluß von Tarifverträgen, Regelung der Akkordarbeit, Zuschläge für Heberzeitarbeit usw. wurden zwar auch vielfach erhoben, kamen aber gegen die Hauptforderungen weniger in Betracht.

Von den 2531 Bewegungen des Jahres 1917 konnten 2475 durch Verständigung auf dem Verhandlungswege erledigt werden. In 55 Fällen dagegen ist es zur Arbeits-einstellung, in einem zur Aussperrung gekommen. Mit Ausnahme von 2 Streiks mit 43 Beteiligten, die erfolglos abgeschlossen wurden, endeten alle übrigen Streiks mit vollem oder Teilerfolg. Auch bei der Aussperrung haben die Arbeiter einen Teilerfolg erzielt.

Die Verhandlungen zur Beendigung der Bewegungen wurden geführt in 1546 Fällen zwischen den beteiligten Arbeitern und deren Unternehmern, in 605 Fällen zwischen Unternehmern und Vertretern der Arbeiterorganisation, in 338 Fällen vor Schlichtungsausschüssen des unterständlichen Hilfsdienstes, in 11 Fällen vor dem Gewerbegericht oder Einigungsamt, in 4 Fällen vor dritten Personen und in 13 Fällen vor Landesbehörden. 13 Bewegungen wurden ohne Verhandlungen beendet. Es sind im Berichtsjahre die durch den Krieg geschaffenen Schlichtungseinrichtungen häufig zur Erledigung der Bewegungen herangezogen worden; diese Schlichtungsausschüsse haben sich zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Parteien im allgemeinen bewährt.

Die meisten der Lohnbewegungen des Jahres 1917 fanden einen günstigen Abschluß. Von den 2531 Bewegungen wurden 1090 mit zusammen 477 987 Beteiligten mit vollem Erfolg beendet; bei 1426 Bewegungen mit 1 088 733 Beteiligten wurde ein Teilerfolg erzielt, 15 Bewegungen mit 1072 Beteiligten endeten erfolglos.

Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen des Jahres 1917 übertrifft die Erfolge der Vorjahre ganz bedeutend. Dieses Ergebnis ist auch der beste Beweis gegen die Auffassung, daß die Gewerkschaften im Kriege nicht so erfolgreich tätig sein konnten, wie in regelmäßigen Zeiten. Besonders durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne sind Erfolge erzielt worden, wie in keinem der Vorjahre seit der Gründung des Verbandes. Für 264 089 Arbeiter ist die Arbeitszeit um zusammen 903 074 Stunden die Woche verkürzt worden, durchschnittlich für den einzelnen 3,42 Stunden wöchentlich. Eine Steigerung ihrer Verdienste haben durch unsere Bewegungen 1 171 590 Personen um zusammen 6 804 848 M die Woche erreicht, so daß auf jeden Einzelnen durchschnittlich ein Mehrverdienst von 5,81 M die Woche trifft. Nun könnte wohl gesagt werden, daß dieser Durchschnittsbetrag an Lohnerhöhung von 5,81 M die Woche in Anbetracht der wahren Steigerung aller Warenpreise gering genannt werden muß. Das ist durchaus richtig. Doch muß dabei erwähnt werden, daß an diesem Durchschnittsbetrag eine außerordentlich große Zahl Frauen und jugendlicher Arbeiter teilnimmt, und daß andererseits an diesem Betrag viele Arbeiter mehrmals beteiligt sind. Denn im Laufe des Jahres 1917 sind in Hunderten von Betrieben zwei- und dreimal Bewegungen zur Erhöhung der Löhne durchgeführt worden. Auf Grund unserer Einzelaufstellungen ist festgestellt, daß 163 670 an unseren Lohnbewegungen 1917 beteiligte Personen Lohnerhöhungen im Betrage von über 10 M bis 35 M die Woche durchsetzen konnten. Freilich mußten sich dafür Hunderttausende mit Beträgen unter dem Durchschnittsbetrag zufrieden geben. Das dem so ist, liegt aber nur an der mangelhaften Organisation der beteiligten Arbeiter. Denn überall, wo durch gute Organisationsverhältnisse ein entsprechender Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden konnte, wurden erhebliche Erfolge erzielt. Jedenfalls aber beweisen diese Ergebnisse unserer Bewegungen, was eine starke Organisation trotz der Schwierigkeiten des Krieges zu leisten vermag.

Außer Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung ist durch unsere Bewegungen ferner erreicht worden: Der Abschluß oder die Erneuerung von Tarifverträgen, Regelung der Akkordarbeit, Beseitigung von Mißständen, Zuschläge für Heberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und sonstige Verbesserungen.

Eine Uebersicht über die Gesamterfolge unserer Lohnbewegungen gibt folgende Zusammenstellung:

Art der Verbesserungen	Angriffstreiks		Abwehrtreiks		Bewegungen ohne Arbeits-einstellung		Zusammen	
	Jahr der Beteiligung	Zahl der Beteiligten	Jahr der Beteiligung	Zahl der Beteiligten	Angriff	Abwehr		
Verkürzung d. Arbeitszeit	1	6000	252	257983	1	106	264089	
Lohrerhöhung	44	12860	54	236125535	4	193	1171590	
Tarif	1	1553	—	301	1508800	—	202	152436
Regelung d. Akkordarb.	—	—	—	51	37985	—	51	37985
Beseitig. v. Mißständen	—	—	—	32	25887	—	32	25887
Zuschläge f. Heberstunden	18	16729	—	364	226708	—	372	243437
Nacht- und Sonntagsarbeit	16	15889	—	547	239935	—	563	239935
Sonstige Verbesserungen	10	8643	2	206	460	—	472	425293

An den Gesamterfolgen unserer Lohnbewegungen waren zusammen 1 495 887 Personen beteiligt. Diese Zahl zeigt, wieviel ungeheure Menge unorganisierter Arbeiter Vorteil und Aufhebung von der Tätigkeit des Verbandes hatte. An den Erfolgen der Organisation nehmen diese Leute immer gerne teil, sie halten es für selbstverständlich, den gleichen Vorteil einzubeziehen wie der organisierte Arbeiter, der die Opfer gebracht und notwendige Arbeit geleistet hat. Solchen Leuten, die immer nur nehmen, aber nie geben wollen, den Standpunkt gründlich klar zu machen, ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters.

ohne Arbeits-einstellung gelungen, eine Reihe von Verschlechterungen, die die Unternehmer einführen wollten, abzuwehren. So war es möglich, in 17 Fällen geplante Lohnkürzungen für 1272 Arbeiter im Gesamtbetrag von 13 225 M die Woche zu verhindern. Für den einzelnen Beteiligten hätten diese Lohnabzüge durchschnittlich 10,39 M die Woche betragen. Es wurde außerdem abgewehrt: In einem Fall mit 19 Beteiligten Tarifbruch, in 7 Fällen die Mahregelung von 8 Kollegen, in 1 Fall mit 59 Beteiligten schlechte Behandlung und in 24 Fällen mit 4753 Beteiligten sonstige Verschlechterungen.

Kriegs- und Teuerungszulagen sind auch durch unsere Lohnbewegungen 1917 in erheblichem Betrage erreicht worden. Es wurden durch 271 Bewegungen für 195 037 Personen solche Zulagen im Betrage von 701 772 M erreicht. Diese Summe entfällt aber nur fortlaufende Teuerungszulagen, die in den verschiedensten Formen gewährt werden. Außerdem ist auch in zwei Fällen für 24 100 Arbeiter eine einmalige Teuerungszulage im Gesamtbetrag von 1 696 000 M bewilligt worden.

Bei den meisten Bewegungen dieses Jahres handelte es sich um die Erhöhung schon bestehender Teuerungszulagen. Sehr häufig ging aber das Bestreben der Arbeiter dahin, bestehende Teuerungszulagen aufzuheben und in Form angemessener, erhöhter Löhne einen Ausgleich zu finden. In vielen Betrieben ist die Teuerungszulage im Laufe des Jahres wiederholt erhöht worden. Jedenfalls reihen sich die durch unsere Bewegungen erzielten Teuerungszulagen den anderen Erfolgen würdig an.

In Anbetracht der großen Zahl der durchgeführten Bewegungen sind die Gesamtausgaben dafür recht gering. Die Kosten für sämtliche Lohnbewegungen und Streiks betragen 1917 31 503 M. Der größte Betrag wurde für eine Aussperrung mit 776 Beteiligten in der Höhe von 4612 M angesetzt. Von der Gesamtsunne von 31 503 M wurden von der Hauptkasse 6607 M und von den Lokalkassen 24 896 M bezahlt. Die verhältnismäßig geringen Kosten für unsere Lohnbewegungen erklären sich aus der kurzen Dauer sämtlicher Streiks. Durch sämtliche Streiks und eine Aussperrung ist für die beteiligten Arbeiter ein Verlust an Arbeitszeit von 88 230 Tagen entstanden. Der Ausfall an Arbeitsverdienst betrug zusammen 802 215 M.

Die Ergebnisse der Lohnbewegungen unseres Verbandes beweisen, welche großartigen Erfolge eine starke Organisation auch im Kriege und trotz aller ungünstigen Umstände erzielen kann. Für viele Hunderttausende Metallarbeiter ist es gelungen, die Arbeitszeit ganz wesentlich zu verkürzen und die maßlose Teuerung durch Erhöhung der Verdienste einigermaßen auszugleichen. Jetzt erst, in den ungeheuerlichen Wirkungen des Krieges, erweist sich die Bedeutung der Kräfte des Verbandes für die Metallarbeiter. Das Unternehmertum geht, wenn nicht alle Anzeichen trügen, aus dem Kriege kapitalkräftiger und mächtiger hervor als je. Mit allen Mitteln versucht es seine Organisationen zu stärken und auszubauen. Wir müssen das nach! Stärken und kräftigen wir den Verband, vermeiden wir alle Zwietracht, so schaffen wir damit die Grundlage für neue Erfolge und rufen für die Uebergangszeit und den Frieden.

Im Banne der Redensarten

III. (Schluß.)

Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Vorstand unseres Verbandes werden nun eine Reihe von Dingen zur Last gelegt, die mit der jetzigen Kriegsverhältnisse im Zusammenhang stehen. Es ist ja zweifellos nicht zu leugnen, daß auch bereits vor dem Kriege in der deutschen Arbeiterbewegung Strömungen vorhanden waren, deren Politik viel mehr von Gefühls- denn verstandesmäßiger Regung begleitet war. Diese syndikalistischen Bestrebungen waren aber in Deutschland ziemlich unbedeutender Art. Gleichwohl können die gegenwärtigen Bestrebungen als deren Fortsetzung gelten, die in gewissem Sinne im Unterbewußtsein der Masse schlummerten. Dem menschlichen Unterbewußtsein gehören Gedanken an, die gegen die herrschenden Tagesgedanken nicht aufkommen können. Der alles zerrüttelnde Tau der Kriegszeit ließ die festigsten gefühlmäßigen Regungen gegen das Ungerechte und Abhängliche des gegenwärtigen kapitalistischen Systems bei einer außerordentlich großen Masse des Volkes an die Oberfläche treten. Allein unser Urteil, das wir zu fällen haben, über das wir auch nur für uns selbst bilden, darf nur auf der Kenntnis des wahren Sachverhalts der Dinge beruhen.

Generalkommission und Vorstand wird von den verschiedensten Seiten der Partur gemacht, daß sie den Boden des Klassenkampfes verlassen hätten. daß ihnen Klassen- und proletarisches Bewußtsein abhanden gekommen wäre. Nun war es gerade Karl Marx, auf den sich die Unentwegten berufen, der auf den tiefsten Gegenstand der Klassen und den dadurch bedingten Klassenkampf zuerst grundsätzlich aufmerksam gemacht und die Lehre vom Klassenkampf in die Arbeiterbewegung getragen hat. Aber dieser Begriff des Klassenkampfes ist gerade während der Kriegszeit ungeheuerlich entstellt worden. Marx hat selbst keine genaue Begriffsklärung gegeben, daß er aber damit eine revolutionäre Bewegung von der Vorherrschaft der Unabhängigen gemeint haben könnte, ist eine verhängnisvolle Begriffs-erklärung, die sich zum Beispiel die Dusseldorfer Kollegen im Schluß- jah ihrer Entschliebung leisten. Der Klassenkampf ist auch nach Karl Marx eine mit den Verhältnissen und Bedingungen sich ändernde Bewegung, die nur nach mühevoller Arbeit ein Ziel erreicht. Der Klassenkampf der antiken Welt zum Beispiel bewegt sich hauptsächlich in der Form eines Kampfes zwischen Gläubiger und Schuldner und endet in Rom mit dem Umsturz des plebejischen Schuldners, der durch den Sklaven ersetzt wird. Im Mittelalter endet der Kampf mit dem Umsturz des feudalen Schuldners, der seine politische Macht mit ihrer stromontlichen Basis einbüßt. (Das Kapital von Karl Marx, Volksausgabe, Seite 93.) Daß es sich hier um einen langwierigen Kampf, ja Kleinkrieg handelt, zeigt Marx an zwei Stellen mit fast den gleichen Worten. Die Festsetzung eines normalen Arbeitstages ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter. (Das Kapital von Karl Marx, Volksausgabe, S. 219.) Die Schöpfung eines Normalarbeitstages ist daher...

Produkt eines langwierigen, mehr oder minder verdeckten Bürgerkrieges zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse." („Das Kapital" von Karl Marx, Volksausg., S. 247.) Gemeint sind die Verhältnisse in England, doch hat das für Deutschland dieselbe Gültigkeit. Wie schon gesagt, doch die Duisburger Kollegen in ihrer Entscheidung gegen den Vorstand: „Die Interessen des Verbandes werden nicht vertreten durch Augenblickserfolge, sondern das Ziel muß sein, die Befreiung des Proletariats." „Ja wohl! Aber so weit sind wir eben noch nicht und sollen wir bis dahin alle Verbesserungen ablehnen, nur deshalb, weil es unser Grundgesetz ist, das das Proletariat von seiner Stellung als Klasse zu befreien? Das ist Sinnverwirrung, zum mindesten mißverständlicher Klassenkampf. Was ist denn übrigens der Zweck des Verbandes? Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bei dieser Zweckbestimmung war man sich der Schwierigkeit des Kleinrieges voll und ganz bewußt, sonst hätte man nie an eine Verbesserung von Bedingungen gedacht. Gütte man etwas anderes gewollt, die endgültige Befreiung des Proletariats, so hätte man das schon bestimmter sagen und ganz andere Mittel und Wege erfinden müssen als die, die in unserem Statut Ausdruck gefunden haben. Man hätte sich damit aber auch als eine politische Partei konstituieren müssen, denn die endgültige Befreiung des Proletariats, die Aufhebung der Klassenunterschiede ist letzten Endes mehr ein politischer Akt. Dieses Ziel setzt aber ebenfalls die so viel geschmähte Kleinarbeit und Augenblickserfolge voraus, denn glaubt jemand im Ernst, daß wir Menschen eine plötzliche Wandlung der Dinge von unseren jetzigen Verhältnissen zu einer „Befreiung des Proletariats" ertragen könnten? Die sicherlich nicht geklärten Verhältnisse in England haben das jedenfalls nicht erwiesen. Zum mindesten reicht unsere numerische Stärke aber bis heute dazu noch nicht aus.

Und weil es bei diesen Sinnverwirrungen auf eine mehr oder weniger nicht antwortend, so haben die Kollegen in Goldlauter (Nr. 19 der Metallarbeiter-Zeitung) hierüber — natürlich auch vom Standpunkt des Klassenkampfes — eine ganz andere Meinung. Sie geben dem Umstand, daß im 4. Vierteljahr 1917 keine Aufnahmen für den Verband gemacht wurden, nur die eine Schuld, daß Vorstand und Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung eine einseitige Schreibweise über. „Denn unsere Mitglieder sehen einmütig auf unserer alten Taktik des Klassenkampfes." Will also heißen: die Kollegen in Goldlauter werden nicht mehr für den Verband, denn die Taktik des Vorstandes steht ihnen nicht. Das sind aber doch Ansichten, die man auch vom Standpunkt des wildesten Radikalismus aus nicht zu verstehen vermag. Die Kollegen in Goldlauter wollen doch sicherlich mit ihrer Methode nicht gegenrücken Organisationen Vorwurf leisten.

Dann wird dem Vorstand Klassenbewußtsein, proletarisches Empfinden abgeprochen. Klassenbewußtsein, Klassenbewußte Politik, proletarisches Empfinden, das alles sind bloße Wortprägungen, die nichts Genaues ausdrücken und deshalb alles darunter verstehen lassen, was man jeweils darunter verstehen kann und will. Aber nur eines: Man hält doch den Vorstand, oder die einzelnen Mitglieder desselben, ebenfalls die Mitglieder der Redaktion — jenseit man nicht ganz und gar verrannt ist, wie sich das zuweilen leider auch zeigt — für fähig, soziales Empfinden zu haben. Hierauf kommt es meines Erachtens in der Hauptsache an und weiter darauf, daß dieses soziale Empfinden sich in erster Linie für die Interessen der Arbeiter, der Metallarbeiter, äußert und auswirkt.

Sozial empfinden heißt, zu wollen, was im Interesse der Gesamtheit gelegen ist, den einzelnen zu verhindern, sich auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile zu verschaffen. Sozial bedeutet das Vorrecht des lebendigen Menschen vor allen Gütern und Einrichtungen dieser Erde. Und wollen gerade dies nicht unsere in der Opposition stehenden Kollegen auch? Das Mittel des bonneten Bürgers mit den Armen und Elenden, der bedrängten Lage des Arbeiters ist nicht sozial, solange er sich nicht zu dem oben angeführten Grundsatze bekennt. Er fühlt und empfindet dann eben auch nur als Mitglied einer Klasse, dem Allgemeininteresse fremd sind. Aber ebensoviele darf und kann der Arbeiter nur von seinem Standpunkt als Angehöriger einer Klasse empfinden, wenn er allgemeine Menschenrechte wahren will. Wer nur in seiner Klasse und für seine Klasse fühlt, der kann für menschliche Interessen anderer Mittel empfinden, aber sozial empfinden ist das nicht. Wer nur von dem Standpunkt seiner Klasse aus Menschen und Dinge beurteilt, stellt sich damit auch zugleich auf das Niveau seiner Klasse mit allen Nachteilen der Einseitigkeit. Dem sozialen und kulturellen Fortschritt wird damit nicht gebiert. Statt eines Klassenbewußtsein und proletarisches Empfindens möchte ich lieber sagen: Die Arbeiterklasse muß sozial empfinden, sie muß in ihren Einrichtungen danach streben, daß allen Menschen unverkürzert die gleichen Daseinsbedingungen zufinduen, und daß das, was daran den Arbeitern fehlt, durch deren eigene unablässige Arbeit erreicht werde. Das ist ein höheres Ziel, das die Gewerkschaften weit über die Bedeutung des Lagerkampfes hinaushebt.

Wenn sich die Arbeiterklasse nur als Klasse, nur als Proletariat (das heißt als die Beschloßenen) fühlt, so isoliert sie sich zu ihrem eigenen Schaden von den anderen Faktoren, die trotz allem neben ihr bestehen, auf die sie angewiesen ist und die sie trotz allem Eifer nicht aus der Welt zu schaffen vermag. Die Arbeiterklasse kann ruhig und unabhängig ihren Standpunkt vertreten, ihre Forderungen erheben, die sich aus ihrer tatsächlichen Klassenstellung ergeben. Aber nur als Klasse zu fühlen und darauf eine praktische Politik begründen zu wollen, ist einfach unmöglich. In ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik muß sie das Vorhandensein und anderer Faktoren und Kräfte gebührend berücksichtigen, sie ist nicht aufstande Sozial- und Wirtschaftspolitik auf eigene Faust zu betreiben. Sie würde nicht weit über die prägrammatische Auffassung ihrer Forderungen hinauskommen und damit der Arbeiterklasse selbst keinen Dienst erweisen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Vorstand unseres Verbandes könnten eine solche „Alles oder Nichts" Politik nicht betreiben.

Die tatsächlichen Leistungen unseres Verbandes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind sowohl auf der Generalversammlung in Köln, wie auch aus den Berichten zu ersehen ist, in einzelnen Mitgliedern niemals Gegenstand ernstlicher Unzufriedenheit gewesen. Daß der mit der Lebens- und Bedürfnismittelversorgung notwendigerweise höhere Lohn noch nicht befreit, daß die Arbeitszeit zu lang, daß zahlreiche sonstige Arbeitsbedingungen nicht befriedigen, das alles sind Dinge, die von jedem einigermassen verständigen Gewerkschaftsmitglied einfach registriert werden und was daran es wenig, daß es nicht auf einmal gelöst, alles zu erreichen. Mit diesen Tatsachen findet man sich, wenn auch unwillig, so doch mit gewissem Verständnis haben ab. Ein andererseits aber dann mehr. Aber die Methode, mit der die Erfolge erreicht wurden! Es ist ganz und gar königlich Klassenkampf, wie wir ihn weiter oben kennen gelernt haben. Die Bedingungen und Mittel des Klassenkampfes haben sich durch das Verhalten von Delegierten der Arbeiter wie bei Unternehmern geändert. Der Streik ist mehr und mehr „legales Mittel" geworden und an seine Stelle, nicht erst seit heute und gestern, mehr und mehr die friedliche Verhandlung getreten. Das beweist die Art der Erledigung unserer eigenen Forderungen seit dem Jahre 1904. Von 100 Lohnbewegungen fanden

Jahr	Streik	ohne Streik	Jahr	Streik	ohne Streik
1904	44,23	55,71	1911	30,50	69,50
1905	43,49	56,51	1912	25,24	74,76
1906	38,22	61,78	1913	20,34	79,66
1907	32,20	67,70	1914	26,24	73,76
1908	31,78	68,22	1915	1,85	98,15
1909	25,24	74,76	1916	1,61	98,39
1910	22,10	77,90			

Es gibt aber ganz Unzweifelhaft auch schon früher das Nachlassen des „Königlichen" der Gewerkschaften bestatigt, ohne indes die friedliche Verhandlung und Verhandlung der Gewerkschaften beizubehalten zu können. Die mehr und mehr friedliche Erledigung der

Arbeitsdifferenzen ist hierfür ein sprechender Beweis. Und wenn mitten im Kriege, in einer von Grund aus aufgewühlten Zeit mit ihren mannigfachen Erschwerungen, es möglich war, ohne größere offene Kampfhandlungen immerhin ansehnliche gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, so danken wir das einzig und allein der tatsächlichen ökonomischen Machtstelle der Gewerkschaften.

Aber es wäre verfehlt, diese Machtstelle im Rahmen des Volksganges zu überschätzen oder ihr die Kraft der erfolgreichen Einwirkung auf grundsätzliche politische Probleme zuzumuten. Wenn daher bei Ausbruch des Krieges die Gewerkschaften die Erledigung ihrer Ausstandsbedingungen abbrechen, so will mir das eine Tatsache sein, die aus der ganzen damaligen Lage heraus gar nicht anders begangen werden konnte. Wer wußte denn, wie sich die Dinge zunächst entwickeln würden? Man mußte doch sofort mit einer größeren Arbeitslosigkeit mit einer schweren wirtschaftlichen Erschütterung rechnen und in einem solchen Krisenstadium allerhöchster Art wären denn doch Streiks vom größten Unglück für die Arbeiter selbst gewesen. Außerdem aber würden die massenhaften Einberufungen die Angriffsfront selbst schwer beeinträchtigt haben. Daß bei solchen rein wirtschaftlich-taktischen Überlegungen auch dem nationalen Interesse gebiert wurde, mußte nach der Natur der Dinge so gehen. Außerdem aber war in dieser Lage der Dinge den proletarischen Interessen nur innerhalb der nationalen Interessen gebiert. Tausend Wunde und Beziehungen binden uns ja doch an unser nationales Gebilde, an dessen Geheben oder Verberben wir schließlich auch ein Interesse haben. Was wäre die Heimat ohne die zähe Liebe der Armen? Diesen selbstverständlichen Gemeinschaftsverband in der Zeiten größter Not und Gefahr zu schützen ist keine arbeitereindliche Politik, wenn sie uns auch nötigt, Regierungsmassnahmen zuzustimmen. Der angelegentlich so beschlossene Burgfrieden aber hinderte die Gewerkschaftsmitglieder nicht, auch mitten im Kriege berechtigte wirtschaftliche Forderungen verschiedentlich mittels der Arbeitseinstellung zu erzwingen. So auch in unserem Verband.

Wie weit aber sind die englischen Arbeiterverbände gegangen? Aus dem gerügtem vorliegenden Material sei eine uns besonders interessierende Aeußerung hervorgehoben. Der Generalsekretär des englischen Verbandes der Eisen- und Stahlarbeiter sagt wörtlich in einem Zirkular an die Mitglieder: „Die Pflicht unserer Mitglieder während des Krieges besteht darin, bei der Überwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete zu helfen. Die Unternehmer werfen sich schon in den großen Kampf, um den deutschen Handel zu erobern. Ohne unsere Aufstrebungen aber wird deren Kampf nutzlos bleiben — wir müssen beide siegen! Keine Arbeitsniederlegung mehr, kein Wegbleiben von der Arbeit! Jede wirtschaftliche Schwierigkeit kann und wird leicht durch oder mit unserer Organisation und die Lohnänderer geregelt werden — aber nur, wenn es sich um wirkliche Differenzen handelt." Das soll kein Beispiel zur Entschuldigend sein, sondern nur eine Tatsache zur Erkenntnis.

Für die Aufhebung der Arbeitseinstellungsbestimmungen, die unzureichende Verteilung der Lebensmittel, den schleppenden Gang unumgänglich notwendiger sozialer Reformen, für die Schaffung des Hülfsmittelgesetzes sind die Generalkommission, wie doch auch unser Vorstand beileibe nicht verantwortlich zu machen. Sie haben getan, was im Rahmen ihrer Macht möglich war, um Schäden abzuwehren und an unermesslichen Einschränkungen und Erschwerungen im Interesse der Arbeiterklasse mitzuarbeiten. Sich hiervon auszusprechen wäre Torheit, ja noch mehr — Verbrechen an der Arbeiterklasse — gewesen. Jeder, der die Dinge aus eigener Erfahrung kennt und mitgemacht, wird behaupten müssen, daß nur durch die Mitwirkung der Arbeitervertreter es möglich war, die Interessen der Arbeiter in der Kriegswirtschaft entsprechend zur Geltung zu bringen. Auch das ist zu einem guten Teile Klassenkampf in seiner ausgeprägtesten Form, was sich hier in Kommissionen und Sitzungen abspielt.

Alles recht; aber die Politik des 4. August! Nur wohl! Diese Politik haben die Gewerkschaften nicht gemacht, hatten diese nicht zu machen. Das war Aufgabe der politischen Partei und der Parteitag zu Nürnberg hat darüber mit Ja entschieden. Wer von den Abgeordneten, die gleichzeitig Gewerkschaftler sind, die Politik des 4. August mitmachen half, der hat das nicht vor seiner Organisation, sondern vor der zuständigen politischen Instanz zu vertreten. Wenn die Gewerkschaft nun auch keine Politik im reinen Sinne machen kann, wenn sie politisch neutral ist, wer aber kann sie hindern, an den politischen Vorgängen, die sich in der Wirtschaft widerspiegeln, ein lebhaftes Interesse zu bekunden, dem Vorgehen einer politischen Richtung zuzustimmen oder es abzulehnen? Wer kann die Leitung einer Organisation hindern, diese ihre gewichtige Meinungsäußerung durch ihre Presse auch öffentlich zu bekunden? Ja, die Gewerkschaftsleitung muß sogar dazu Stellung nehmen, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gebieten es ihr. Angenommen eine politische Aktion geht gegen die Interessen der Arbeiter: soll die Gewerkschaft aus reiner politischer Neutralität dazu schweigen, und soll sie damit vor einer Partei Halt machen, wenn diese vielleicht die eine oder die andere der sozialdemokratischen Richtungen wäre? Wenn die Gewerkschaftsleitung auf Grund ihrer Kenntnis der Tatsachen und aus ethischer Überzeugung zu der Ansicht gelangt, daß die Politik der Unabhängigen den Arbeiterinteressen nicht förderlich sein könne, dann dürfte, ja dann mußte sie dies aussprechen und muß das in jedem je gelagerten Falle in jedem auch tun. Wer daher vom Vorstand und der Redaktion der Met.-Z. verlangt, daß sie zu politischen und parteipolitischen Fragen nicht Stellung nehmen sollen, der verkennt die Bedeutung einer Organisation im Rahmen unserer Wirtschaft. Neben uns sind die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Bekämpfung ihres Einverständnis oder ihres Unwillens mit politischen Aktionen fast stets gerätet, hierbei gegen großindustrielle Interessen öffentlich Stellung zu nehmen. Von jener Seite wird eben die Politik ganz anders beeinflusst. Man darf aber dem Verbandsblatt auch nicht zumuten wollen, beiden Richtungen zu ihrem grundsätzlichen Meinungsäußerung die Spalten zu öffnen. Das wäre keine politische Neutralität, sondern politische Indifferenz, die nur tut, was andere wollen. Vorstand und Redaktion setzen in ihren politischen Anschauungen auf dem Boden der Richtigkeit der deutschen Sozialdemokratie und können sich eben auch nur als solche öffentlich bekennen. Wenn die Anhänger der Richtigkeit die Wahrnehmung ihres Standpunktes durch den Vorstand und die Redaktion verlangen, so tun sie dies zu Unrecht. Und wenn sie den Streit zur Erreichung politischer Ziele durch die Gewerkschaft durchzuführen wollen, so handelt sie damit ebenfalls ganz ungewerkschaftlichen Grundgedanken und sind damit im Unrecht, ganz abgesehen von der tatsächlichen Unmöglichkeit eines solchen Beginnes. Wer aber keine andere als seine Meinung gelten lassen will und über den Inhalt einer anderen Meinung in der größtmöglichen und nicht schärfsten Weise herfällt, wie dies besonders durch einige Mitgliedschaften gegenüber dem Vorstand geschah, der beweist sicherlich keine Toleranz gegenüber Andersdenkenden, und Toleranz ist doch die Forderung der Demokratie. Die Selbstsicherheit wiederholt sich, im Großen wie im Kleinen. Auf der Höhe seiner Kraft besitzt die Robespierre gewalttätig keine Segner, die vorläufigen Sieger der letzten wirtschaftlichen Umwälzungen bezogen ihren Segner keinen erheblich leuchtenden Fackel und die Anhänger der Richtigkeit haben bisher auch noch keine Neigungen in Toleranz begannen. Innerhalb einer wirtschaftlichen Organisation aber sind je tiefergehende Streitigkeiten von größtem Schaden, und deshalb sollte man aus reiner Klugheit doch vermeiden, die Spitzen der Organisation so zu distanzieren, wie dies — sagen wir ungeteilt — von den Anhängern der Unabhängigen geschieht.

Einige Worte zum Aufbruch des Verbandes Vorstandes in Nr. 10, der die Mitglieder „selbst" aber einen ungenügenden politischen Streit aufgeben lassen will. In diesem Aufbruch sind Gegenüberstellungen gemacht worden, die bei einiger Kenntnis der Dinge aber doch wörtlich kein vernünftiger Mensch machen kann. Den betreffenden Kollegen sollte sicherlich die nötige tatsächliche Einsicht zu werden, wenn sie über die Verunglimpfungen, die sich nur zum Schaden des Ansehens des Verbandes und der Kollegialität einige Kollegen geäußert haben. Der Vorstand wollte demokratisch sein und diese Demokratie ernst schätzen; sicherlich nicht zum Vorteil der Demo-

kratie überhaupt. „Der Aufbruch wäre besser unterblieben." Ganz recht, aber dann nicht nur in dem beanstandeten Wortlaut, sondern dann ganz. Der Vorstand war durch die Kölner Beschlüsse gewiesen und danach brauchte er sich gegebenenfalls nur zu halten. Im Januar und im März 1918 lagen die Verhältnisse nun keinen Deut anders als zu der Zeit, da in Köln die maßgebenden Beschlüsse gefaßt wurden. Die Taktik der Unabhängigen geht darauf hinaus, die führende Macht in den Gewerkschaften, vor allem auch in unserem Verbande zu erlangen. Das würde aber einer Sprengung der Gewerkschaften gleichkommen. Ganz abgesehen davon, daß weite Kreise der Arbeiterklasse die neue Politik unmöglich mitmachen könnten, (siehe nur die bisherigen Nachwählergebnisse) würde der tatsächliche Erfolg der neuen Richtung kaum in kürzester Zeit die Befriedigung hervorbringen, die in verheißenden Reden in Aussicht gestellt wird. Die tatsächliche Stärke aller Arbeiterkoalitionen beruht nicht auf der überzeugenden oder berauschenden Wirkung der um sie geführten Redenarten, sondern auf der einfachen Tatsache ebenso nüchternen Zahlen wie Verhältnisse. Und wenn wir demgegenüber besehen, was wir schon erreicht haben, so brauchen wir damit noch keineswegs zufrieden zu sein, aber es besteht auch wirklich kein Grund, das Erreichte herunterzusetzen. Und wenn die mit dem letzteren beschäftigten Kollegen ihre Zeit und Mühe vorerst einmal darauf verwenden wollten, sich aus dem Banne der Redenarten zu befreien, dann würden sie nützlichere Klassenkampfpolitik betreiben können. Sind es doch wirklich nicht die schlechtesten, die mit den Verhältnissen unzufrieden, sich gewalttätig aufbauen als ihre Kraft ausreicht.

Der Aufbruch des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung hat in Mitgliederkreisen des Verbandes, wie aus den Entschuldigungen verschiedener Verwaltungstellen hervorgeht, dort eine leidenschaftliche Erörterung erfahren. In einer Kasseler Versammlung sind die kritischen Einwendungen gegen den Aufbruch als durch die Kriegspolizei veranlaßt, bezeichnet worden und der Redner, der diesen Ausdruck geäußert, hat damit jedenfalls die Einwirkungen des Krieges und seine Folgerungen auf die Gefühlswelt unserer Kollegen hervorheben wollen. Mir scheint diese Deutungsweise jedoch zu billig. Gewiß läßt sich vieles mit der allgemeinen Kriegspolizei erklären, aber in dem vorliegenden Falle ist doch ein weiterer Umstand zu berücksichtigen, der die Erregung eines Teiles der Kollegen gegen den Vorstandsaufbruch verständlich macht.

Der Aufbruch erschien am 9. März. Ende Januar war es in einer Reihe deutscher Städte zu umfangreichen Arbeiterniederlegungen gekommen. Die Aufforderungen zu diesen Streiks waren zwar durch Flugblätter ergangen, aber alle Flugblätter waren wirkungslos geblieben, wenn nicht die ganze politische und wirtschaftliche Atmosphäre damals nach einer Entladung geradezu gedrängt hätte. So kam es, daß ohne jeden Zusammenhang, ohne jede Organisation, die Arbeiter besonders der Müllungsbetriebe in dem Streik traten, ohne einheitliche Ziele und Forderungen. Wenn auch nachträglich versucht worden ist — in Berlin zum Beispiel — eine Reihe von Forderungen zu formulieren, so ist doch erwiesen, daß die 100 000 Berliner Arbeiter in der Arbeiterniederlegung in erster Linie den nach außen hin sichtbaren Protest gegen die unzureichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und gegen die reaktionären Strömungen in der inneren und äußeren Politik zum Ausdruck bringen wollten. Die Bewegung blieb denn auch fast überall ein Demonstrationsstreik und, wie es aus diesem Grunde nicht anders sein konnte, ohne jeden positiven Erfolg. Die Gewerkschaften hatten mit seiner Organisation nicht das geringste zu tun. Sie hatten ihn nicht gewollt und nicht gemacht. Die tiefsten Ursachen der Bewegung lagen in den politischen Verhältnissen, wenn auch der äußeren Anlaß des Streikausbruchs die massenhaft verbreiteten anonymen Flugblätter bildeten.

In die Leitung des Berliner Streiks wurden Vorstandmitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien berufen. Mit einer Vorbereitung und Anführung der Bewegung hatten auch diese beiden politischen Parteien nichts zu tun. Als aber die Bewegung da war und deutlich genug erkennen ließ, daß sie sich gegen eine Politik wandte, die auch von den beiden sozialdemokratischen Richtungen als schädlich und verderblich für die Arbeiter sowohl, wie für das ganze Volk bekämpft wurde, da konnten sich die Leitungen der beiden erlangenen Kräfte nicht enthalten. So wurden Mitglieder der Parteileitungen in den Berliner Streik ausgedehnt gewählt, und auch in anderen Orten Deutschlands stellten sich Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei an die Spitze der Bewegung. In einer Rundgebung des Kreisverbandes der sozialdemokratischen Partei kam überdies eine gewisse Solidarität in den Anschauungen der Partei und der demonstrierenden Arbeiter zum Ausdruck.

Der Verlauf der Bewegung ist bekannt. In Berlin ursprünglich auf drei Tage geplant, wurde sie durch die Maßnahmen der Behörden um einige Tage verlängert. In anderen großen Industrieorten erreichte sie schon nach einem Verlauf von zwei bis drei Tagen ihr Ende. Ein unmittelbarer und greifbarer Erfolg mußte ihr naturgemäß verlagert bleiben, weil durch ihre Anwesenheit von vornherein alle Kräfte verstreut wurden. Trotzdem hielten es einige anonyme Leute für geraten, das Experiment zu wiederholen. Es raunte überall in den Industriebetrieben Deutschlands, daß am 13. März ein neuer Streik auf der ganzen Linie begonnen werde. Schon wurden wieder die anonymen Flugblätter verbreitet wie vor dem Januarstreik. Diesmal richteten sie sich nicht allein gegen die volksfeindliche Politik der altpolitischen Welterschlinger, sondern in einem fast noch verstärkten Maße gegen die Gewerkschaften, deren ablehnende Haltung man dadurch von vornherein bei den Arbeitern verdächtigen zu können glaubte. In dieser Situation erschien nun der Aufbruch des Vorstandes.

Daß er bei einem Teile der Kollegen eine gewisse Erregung verursachte, ist mir durchaus verständlich. Nicht als ob ich diese Erregung teile und den Aufbruch als überflüssig oder ungewinnlich betrachte — seinen Inhalt und seine Tendenz billige ich durchaus. Galt es doch, Versuchen entgegenzutreten, die über kurz oder lang zu einer völligen Lähmung oder gar Auflösung der deutschen Arbeiterbewegung führen müßten, wenn ihnen nicht zeitig genug begegnet würde. Aber man muß sich einmal die Psyche der Arbeiter vorstellen, die von den Angriffen der anonymen Flugblattschreiber auf die Gewerkschaften nur wenig gewahrt wurden, die aber noch immer unter dem Eindruck standen, daß die Leitung der Gesamtbewegung in den Händen der beiden sozialdemokratischen Parteien gelegen hatte. Das Gros der frei-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erblickt in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung und sieht rein gefühlsmäßig zur Sozialdemokratie besonders dann, wenn diese zur Regierung in entscheidender Opposition steht. Das muß man festhalten, wenn man die Wirkung des Vorstandsaufbruchs ganz verstehen will. Und über diese Wirkung habe ich nach meinen Beobachtungen und den mir gewordenen Mitteilungen folgenden Eindruck: Der Vorstandsaufbruch ist in verschiedenen Verwaltungsteilen als eine Rundgebung gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und gegen die „unabhängige sozialdemokratische Partei" im besonderen aufgefaßt worden. Die Ausführungen des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung weisen die irrtümliche Auffassung über den letzteren Einwand mit durchaus zutreffenden Gründen zurück. Auch die unabhängige Sozialdemokratie — mit der Zustimmung der Bewegung gestellt, wie die Leitung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Und daß der Vorstand sich nicht gegen die Leitung der alten sozialdemokratischen Partei wandte, als er von den „Kasseler" unterufen und ungenannt „Führer" sprach, die den Arbeitern eine Arbeiterniederlegung zur Erreichung politischer Forderungen empfahlen, ist für den Kundigen selbstverständlich. Nicht aber für diejenigen Verbandsmitglieder, die mehr zu den passiven Elementen der Arbeiterbewegung zählen, die

Raub am allgemeinen Gut

Der Aufbruch des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung hat in Mitgliederkreisen des Verbandes, wie aus den Entschuldigungen verschiedener Verwaltungstellen hervorgeht, dort eine leidenschaftliche Erörterung erfahren. In einer Kasseler Versammlung sind die kritischen Einwendungen gegen den Aufbruch als durch die Kriegspolizei veranlaßt, bezeichnet worden und der Redner, der diesen Ausdruck geäußert, hat damit jedenfalls die Einwirkungen des Krieges und seine Folgerungen auf die Gefühlswelt unserer Kollegen hervorheben wollen. Mir scheint diese Deutungsweise jedoch zu billig. Gewiß läßt sich vieles mit der allgemeinen Kriegspolizei erklären, aber in dem vorliegenden Falle ist doch ein weiterer Umstand zu berücksichtigen, der die Erregung eines Teiles der Kollegen gegen den Vorstandsaufbruch verständlich macht.

Der Aufbruch erschien am 9. März. Ende Januar war es in einer Reihe deutscher Städte zu umfangreichen Arbeiterniederlegungen gekommen. Die Aufforderungen zu diesen Streiks waren zwar durch Flugblätter ergangen, aber alle Flugblätter waren wirkungslos geblieben, wenn nicht die ganze politische und wirtschaftliche Atmosphäre damals nach einer Entladung geradezu gedrängt hätte. So kam es, daß ohne jeden Zusammenhang, ohne jede Organisation, die Arbeiter besonders der Müllungsbetriebe in dem Streik traten, ohne einheitliche Ziele und Forderungen. Wenn auch nachträglich versucht worden ist — in Berlin zum Beispiel — eine Reihe von Forderungen zu formulieren, so ist doch erwiesen, daß die 100 000 Berliner Arbeiter in der Arbeiterniederlegung in erster Linie den nach außen hin sichtbaren Protest gegen die unzureichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und gegen die reaktionären Strömungen in der inneren und äußeren Politik zum Ausdruck bringen wollten. Die Bewegung blieb denn auch fast überall ein Demonstrationsstreik und, wie es aus diesem Grunde nicht anders sein konnte, ohne jeden positiven Erfolg. Die Gewerkschaften hatten mit seiner Organisation nicht das geringste zu tun. Sie hatten ihn nicht gewollt und nicht gemacht. Die tiefsten Ursachen der Bewegung lagen in den politischen Verhältnissen, wenn auch der äußeren Anlaß des Streikausbruchs die massenhaft verbreiteten anonymen Flugblätter bildeten.

In die Leitung des Berliner Streiks wurden Vorstandmitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien berufen. Mit einer Vorbereitung und Anführung der Bewegung hatten auch diese beiden politischen Parteien nichts zu tun. Als aber die Bewegung da war und deutlich genug erkennen ließ, daß sie sich gegen eine Politik wandte, die auch von den beiden sozialdemokratischen Richtungen als schädlich und verderblich für die Arbeiter sowohl, wie für das ganze Volk bekämpft wurde, da konnten sich die Leitungen der beiden erlangenen Kräfte nicht enthalten. So wurden Mitglieder der Parteileitungen in den Berliner Streik ausgedehnt gewählt, und auch in anderen Orten Deutschlands stellten sich Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei an die Spitze der Bewegung. In einer Rundgebung des Kreisverbandes der sozialdemokratischen Partei kam überdies eine gewisse Solidarität in den Anschauungen der Partei und der demonstrierenden Arbeiter zum Ausdruck.

Der Verlauf der Bewegung ist bekannt. In Berlin ursprünglich auf drei Tage geplant, wurde sie durch die Maßnahmen der Behörden um einige Tage verlängert. In anderen großen Industrieorten erreichte sie schon nach einem Verlauf von zwei bis drei Tagen ihr Ende. Ein unmittelbarer und greifbarer Erfolg mußte ihr naturgemäß verlagert bleiben, weil durch ihre Anwesenheit von vornherein alle Kräfte verstreut wurden. Trotzdem hielten es einige anonyme Leute für geraten, das Experiment zu wiederholen. Es raunte überall in den Industriebetrieben Deutschlands, daß am 13. März ein neuer Streik auf der ganzen Linie begonnen werde. Schon wurden wieder die anonymen Flugblätter verbreitet wie vor dem Januarstreik. Diesmal richteten sie sich nicht allein gegen die volksfeindliche Politik der altpolitischen Welterschlinger, sondern in einem fast noch verstärkten Maße gegen die Gewerkschaften, deren ablehnende Haltung man dadurch von vornherein bei den Arbeitern verdächtigen zu können glaubte. In dieser Situation erschien nun der Aufbruch des Vorstandes.

Daß er bei einem Teile der Kollegen eine gewisse Erregung verursachte, ist mir durchaus verständlich. Nicht als ob ich diese Erregung teile und den Aufbruch als überflüssig oder ungewinnlich betrachte — seinen Inhalt und seine Tendenz billige ich durchaus. Galt es doch, Versuchen entgegenzutreten, die über kurz oder lang zu einer völligen Lähmung oder gar Auflösung der deutschen Arbeiterbewegung führen müßten, wenn ihnen nicht zeitig genug begegnet würde. Aber man muß sich einmal die Psyche der Arbeiter vorstellen, die von den Angriffen der anonymen Flugblattschreiber auf die Gewerkschaften nur wenig gewahrt wurden, die aber noch immer unter dem Eindruck standen, daß die Leitung der Gesamtbewegung in den Händen der beiden sozialdemokratischen Parteien gelegen hatte. Das Gros der frei-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erblickt in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung und sieht rein gefühlsmäßig zur Sozialdemokratie besonders dann, wenn diese zur Regierung in entscheidender Opposition steht. Das muß man festhalten, wenn man die Wirkung des Vorstandsaufbruchs ganz verstehen will. Und über diese Wirkung habe ich nach meinen Beobachtungen und den mir gewordenen Mitteilungen folgenden Eindruck: Der Vorstandsaufbruch ist in verschiedenen Verwaltungsteilen als eine Rundgebung gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und gegen die „unabhängige sozialdemokratische Partei" im besonderen aufgefaßt worden. Die Ausführungen des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung weisen die irrtümliche Auffassung über den letzteren Einwand mit durchaus zutreffenden Gründen zurück. Auch die unabhängige Sozialdemokratie — mit der Zustimmung der Bewegung gestellt, wie die Leitung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Und daß der Vorstand sich nicht gegen die Leitung der alten sozialdemokratischen Partei wandte, als er von den „Kasseler" unterufen und ungenannt „Führer" sprach, die den Arbeitern eine Arbeiterniederlegung zur Erreichung politischer Forderungen empfahlen, ist für den Kundigen selbstverständlich. Nicht aber für diejenigen Verbandsmitglieder, die mehr zu den passiven Elementen der Arbeiterbewegung zählen, die

Der Aufbruch des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung hat in Mitgliederkreisen des Verbandes, wie aus den Entschuldigungen verschiedener Verwaltungstellen hervorgeht, dort eine leidenschaftliche Erörterung erfahren. In einer Kasseler Versammlung sind die kritischen Einwendungen gegen den Aufbruch als durch die Kriegspolizei veranlaßt, bezeichnet worden und der Redner, der diesen Ausdruck geäußert, hat damit jedenfalls die Einwirkungen des Krieges und seine Folgerungen auf die Gefühlswelt unserer Kollegen hervorheben wollen. Mir scheint diese Deutungsweise jedoch zu billig. Gewiß läßt sich vieles mit der allgemeinen Kriegspolizei erklären, aber in dem vorliegenden Falle ist doch ein weiterer Umstand zu berücksichtigen, der die Erregung eines Teiles der Kollegen gegen den Vorstandsaufbruch verständlich macht.

Der Aufbruch erschien am 9. März. Ende Januar war es in einer Reihe deutscher Städte zu umfangreichen Arbeiterniederlegungen gekommen. Die Aufforderungen zu diesen Streiks waren zwar durch Flugblätter ergangen, aber alle Flugblätter waren wirkungslos geblieben, wenn nicht die ganze politische und wirtschaftliche Atmosphäre damals nach einer Entladung geradezu gedrängt hätte. So kam es, daß ohne jeden Zusammenhang, ohne jede Organisation, die Arbeiter besonders der Müllungsbetriebe in dem Streik traten, ohne einheitliche Ziele und Forderungen. Wenn auch nachträglich versucht worden ist — in Berlin zum Beispiel — eine Reihe von Forderungen zu formulieren, so ist doch erwiesen, daß die 100 000 Berliner Arbeiter in der Arbeiterniederlegung in erster Linie den nach außen hin sichtbaren Protest gegen die unzureichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und gegen die reaktionären Strömungen in der inneren und äußeren Politik zum Ausdruck bringen wollten. Die Bewegung blieb denn auch fast überall ein Demonstrationsstreik und, wie es aus diesem Grunde nicht anders sein konnte, ohne jeden positiven Erfolg. Die Gewerkschaften hatten mit seiner Organisation nicht das geringste zu tun. Sie hatten ihn nicht gewollt und nicht gemacht. Die tiefsten Ursachen der Bewegung lagen in den politischen Verhältnissen, wenn auch der äußeren Anlaß des Streikausbruchs die massenhaft verbreiteten anonymen Flugblätter bildeten.

In die Leitung des Berliner Streiks wurden Vorstandmitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien berufen. Mit einer Vorbereitung und Anführung der Bewegung hatten auch diese beiden politischen Parteien nichts zu tun. Als aber die Bewegung da war und deutlich genug erkennen ließ, daß sie sich gegen eine Politik wandte, die auch von den beiden sozialdemokratischen Richtungen als schädlich und verderblich für die Arbeiter sowohl, wie für das ganze Volk bekämpft wurde, da konnten sich die Leitungen der beiden erlangenen Kräfte nicht enthalten. So wurden Mitglieder der Parteileitungen in den Berliner Streik ausgedehnt gewählt, und auch in anderen Orten Deutschlands stellten sich Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei an die Spitze der Bewegung. In einer Rundgebung des Kreisverbandes der sozialdemokratischen Partei kam überdies eine gewisse Solidarität in den Anschauungen der Partei und der demonstrierenden Arbeiter zum Ausdruck.

den Vorstandsauftrag nur in seinem Gegensatz zu der scheinbaren Beteiligung der sozialdemokratischen Parteien an der Leitung des Streiks auf sich wirken lassen und die in nicht geringen Fällen bei der Abgabe des Votums in der Mitgliederversammlung unter dem Eindruck von Rednern einer „Opposition um jeden Preis“ stehen. Mir erscheint der Nachweis deswegen nicht unwichtig zu sein, daß der Vorstand sich mit dem Kern seines Auftrages durchaus in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie einschließlich der radikalsten Strömungen der Partei befindet. Vorher soll eben noch angebetet werden, daß der scheinbare Widerspruch zwischen der moralischen Beteiligung der sozialdemokratischen Partei und der scharfen, sachlichen Ablehnung durch die Gewerkschaften einen sehr wichtigen Hintergrund hat. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter halten es für selbstverständlich, daß eine von den Gewerkschaftsleitungen gebilligte Arbeitsniederlegung auch materiell aus gewerkschaftlichen Mitteln unterstützt wird. Ist doch die Unterstützung in Streikfällen ein wichtiges Postulat im Programm der Verbände. Die politische Partei kennt in ihrem Aufgabenkreis diese Unterstützung nicht. Sie erweist deswegen weit weniger Hoffnungen auf eine materielle Unterstützung als die Gewerkschaften, wenn die sich an die Spitze einer Bewegung stellen. Zwar sollte der Woxlaut der Verbandsführungen jeden aktiven Gewerkschafter vor der Annahme bewahren, daß Aktionen für Durchführung politischer Forderungen ohne weiteres aus Verbandsmitteln unterstützt werden dürften. Aber man weiß ja, daß in erregten Zeiten derartige Bestimmungen im Bewußtsein und Urteil vieler Kollegen nur sehr geringen Wert haben. Ein Vorstand aber, der seinen Namen wirklich verdienen will, darf die von der Gewerkschaft selbst beschlossenen Gesetze nicht verletzen lassen.

Es können gewiß Situationen eintreten, in denen sich auch die Gewerkschaften an den Kämpfen zur Erreichung politischer Ziele der Arbeiterklasse mit beteiligen müssen. Ja, ich gehe noch weiter: Diese Kämpfe werden ohne die direkte Beteiligung der Gewerkschaften gar nicht geführt werden können. Darüber bestand vom ersten Augenblick der theoretischen Erörterung des Massenstreiks an zwischen allen Zweigen der deutschen Arbeiterbewegung Übereinstimmung. Schon auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Mannheim ist festgestellt worden, daß bei Aktionen, die die Interessen der Arbeiterklasse und Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeigeführt werden muß. Und eine der bekanntesten Schriftstellerinnen der radikalen Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Partei (Kosa Lugenburg in der Dortmunder Arbeiterzeitung vom 15. März 1910) schrieb vor einigen Jahren gelegentlich der Erörterung des politischen Massenstreiks:

„Es ist allerdings klar, daß eine Aktion von dem Charakter und der Tragweite des Massenstreiks nicht von der Partei allein ohne die Gewerkschaften gemacht werden kann, nur aus gemeinsamem, einmütigem Zusammenwirken beider Organisationen kann jene gewaltige Aktion im ganzen Lande ausgelöst werden, um die es sich in Deutschland allein handeln kann.“

So betrachtete man in früheren Jahren die Übereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaft zur Durchführung eines Massenstreiks als eine unerlässliche Voraussetzung, und nicht wenige politische Führer haben damals vor der Auffassung gewarnt, daß eine kleine Gruppe führender Männer mit Initiativen die Massen zu großen Kämpfen mit fortziehen könnte. Insofern besteht also vollständige Übereinstimmung zwischen den führenden Männern der Partei von damals und dem Aufbruch des Verbandsvorstandes von heute. Wenn man damals nicht einmal die Organisation der ganzen Partei für ausreichend hielt, um einen Wahlrechtskampf mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen zu können, sollen wir da etwa glauben, daß in den Kriegsjahren eine Aktion der Arbeiterklasse zu politischen Zwecken der Organisation, der Vorbereitung der Zusammenfassung aller Kräfte entzogen werden kann?

Die deutschen Arbeiter sind stets stolz darauf gewesen, daß der Standpunkt des „Nur-Gewerkschafters“ bei ihnen keine Heimstätte gefunden hat. Es würde auch ein sehr merkwürdiges Versteckensspiel sein, wenn man leugnen wollte, daß die Gewerkschaften mit dabei sein müssen, wenn es gilt, durch harte politische Kämpfe neue Positionen für die Arbeiterklasse zu erobern. Aber wenn wir als Gewerkschafter dabei sein und die unter unserer Beteiligung geführten politischen Kämpfe nicht mit einem Fiasco enden lassen wollen, dann hat nicht nur der Vorstand — in erster Linie freilich der Vorstand — sondern auch jedes Mitglied die Pflicht, jedem Versuch einer Kräftezerpflünderung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Gefahr einer solchen Kräftevergeudung läge aber in der Wiederholung jener Streiterexperimente, denen der Vorstand in seinem Auftrage die Mahnung zur Besonnenheit entgegensetzte. Man braucht sich nur einmal die Wirkung eines erfolglosen Demonstrationsstreiks auf diejenigen Mitglieder auszumalen, die in der Kriegszeit zu uns gekommen sind der materiellen Vorteile wegen, die die gewerkschaftliche Organisation bietet. Vor der Bewegung wurde ihnen in den anonymen Flugblättern die unbedingte Macht der Arbeiter in den glühendsten Farben vorgezaubert. „Die Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Dieses schöne, selbstbewußte Wort findet dann eine Auslegung, gegen die kein Arbeiter sich mit aller Entschiedenheit verwahren würde, die manchen indifferenten Arbeiter aber zu der Erwartung führt, daß mit einem kurzen Streik alle Widerstände der öffentlichen Gewalt zu brechen seien. Und dann kommt der Streik — wie es nicht anders sein kann — mit einem negativen Ergebnis. Glaubit jemand, daß die nun folgende Enttäuschung und Ernüchterung ein geeignetes Mittel ist, um bei einer späteren, vielleicht notwendigen und entscheidenden Bewegung die Massen wieder in die gleiche Linie zu bringen? Jeder, der die Geschichte von erfolglos verlaufenen Bewegungen kennt, wird bei der Beantwortung dieser Frage zu einem Ergebnis gelangen, das nicht auf der Linie derjenigen liegt, die in jedem wilden Streik den kraftvollen Ausdruck des Arbeiterwillens erblicken.

Wer auf die Mitwirkung der Gewerkschaften bei den kommenden großen politischen Auseinandersetzungen nicht verzichten will, gerade der muß mit dem Vorstand dafür eintreten, daß die gewerkschaftliche Schlagfertigkeit, Geschlossenheit und Disziplin keinen Schaden erleidet. Alle Räder stehen nur dann still, wenn alle Arbeiter es so wollen. Nur diesen Sinn kann das bekannte Wort haben. Wenn aber heute eine Gruppe von Arbeitern in den Ausnahmestunden und nur einen Teil der Räder stilllegt, werden sich die anderen um so enger weiterdrehen, und ein großer Aufwand von Kraft ist unnütz verthan. Nicht die Zerspaltung hat uns hier gemacht, sondern die Zusammenfassung und die Disziplin. In der Zukunft wird das nicht anders sein. Wo der Fortschritt über die politischen Zustände die Entscheidungen zu beeinflussen droht, da sollte sich jeder daran erinnern, daß nicht der Einzelne, sondern die Arbeiterklasse im allgemeinen die Kämpfe zu führen hat.

Begehre jeder die gerechte Mut
Und spare für das Ganze seine Rache;
Denn Raub begeht am allgemeinen Gut,
Wer selbst sich hilft in seiner eignen Sache.

Das hätte als Motto über dem Vorstandsauftrag stehen sollen. Denn er will nichts anderes als diese Mahnung Stauffachers — nicht zu sprengen und zu zersplittern, sondern zusammenzufassen.

Karl Severing.

Unser Verband in der 200. Kriegswoch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 200. Kriegswoch ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsteilen: Köstlin, Göttha, Wienburg, Jergel, Weibel-Schulau und Freising.

Übersicht über die Zeit vom 26. Mai bis zum 1. Juni 1918.

Wochentag	Verwaltungsteil		Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Davon vom Heer entlassen	Mittelgliederabgang über Haupt	Davon zum Heer eingezogen	Mittelgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Wahrscheinl. Ausgabefür Arbeitslosenhaltung
	ja	nein							
1.	31	1	11158	19	98	84	11065	4	0,04
2.	32	—	15160	8	121	34	15099	12	0,08
3.	33	—	11748	11	92	49	11658	10	0,09
4.	34	—	51576	72	812	618	50764	81	0,16
5.	35	4	41548	54	292	184	41266	24	0,06
6.	36	1	41802	70	242	67	41560	26	0,06
7.	37	—	74520	42	652	125	73868	14	0,02
8.	38	—	29628	43	268	92	29360	1	0,00
9.	39	—	53046	65	477	104	52569	26	0,05
10.	40	1	35525	24	269	57	35256	147	0,42
11.	1	—	70919	54	144	144	70775	297	0,42
Zus.	412	7	436630	462	3462	1453	433168	642	0,15

Einheitlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 3626 neue Mitglieder aufgenommen. 991 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

7273 Mitglieder = 1,68 v. H. waren krank gemeldet, an die 50675 A. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Fretümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 23. Juni der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Juni 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
Dresden	30	15	10	1. Juli.
München-Gladbach	20	15	10	1. "
Oberkirch i. B.	10	10	10	15. Juni.
München i. B.	10	10	10	15. Mai.
Stuttgart	30	15	10	14. Juli.
Stuttgart	30	10	10	27. Beitragswoche.
Werbau	10	10	10	27. "

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsteile in Brandenburg:
Der Schlosser Heinrich Schwarz, geb. am 26. April 1889 zu Freiburg, eingetr. am 14. Januar 1917 zu Leipzig, Buch-Nr. 7, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Gürtler.

Berlin. Behrlingsausbildung. Zu diesem schon mehrfach behandelten Thema möchte ich einige Worte an meine engeren Berufskollegen, die Gürtler, richten. Ich beobachte nun seit ungefähr 3 1/2 Jahren die Zustände in der Behrlingsausbildung, oder vielmehr Nichtausbildung in meinem Beruf und muß feststellen, daß es geradezu jammervoll ist, wenn man sieht, wie jetzt junge Leute zu Gürtlergehilfen ausgebildet werden. Man stelle sich doch einmal die jetzigen Verhältnisse in unserem Berufe vor Augen! Seit Jahren haben wir schon kein Messing mehr zum verarbeiten. So ein Junge bekommt jetzt in seiner ganzen Lehrgzeit nicht ein Stück Messing in die Hand, weiß nicht wie dieses behandelt werden muß, lernt infolgedessen das Löten derselben auch nicht. In der Kronenbranche bekommt er gar keinen Begriff, wie ein Stück Rohr gebogen und behandelt werden muß, ja es lernen jetzt schon solche jungen Leute aus ohne ein Stück Messing richtig gesehen zu haben. Was soll daraus werden? Meines Erachtens müßten von der Organisation dahin Schritte getan werden, daß die Eltern gewarnt und aufmerksam auf die Mißstände gemacht werden. Von der zuständigen Stelle müßten auch die Unternehmer gehindert werden, jetzt Gürtler auszubilden. Was ich bis jetzt gesehen habe in den Betrieben, war durchweg, daß die jungen Leute bestenfalls Eisenarbeit, Eisenkronen machen, etwas Wech hämmern, alles Arbeiten, die früher die Kronenschlosser machten. Also: Entweder bildet man Kronenschlosser aus und sagt das den Eltern der Jungen, oder nimmt gar keine Behrlinge zur Gürtlerei an. An die Kollegen möchte ich noch die Bitte richten, obiges zu beherzigen und bei Gelegenheit in dem von mir angetragenen Sinne zu handeln. Es handelt sich hier um die Zukunft vieler junger Leute, die aus Unkenntnis sich ihr Leben und Fortkommen zum mindesten sehr erschweren.

D. D.

Metallarbeiter.

Dsnabrück. Allgemeine Lohnbewegung. Am 2. Juni fanden sich die Metallarbeiter Dsnabrücks in den zwei großen Sälen der Dsnabrücker Stadthalle zusammen, um wiederum zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse Stellung zu nehmen. Es war eine Versammlung, wie sie die Metallarbeiterschaft in Dsnabrück bisher nie zustande gebracht hatte. Rund 3000 Metallarbeiter waren erschienen, trotzdem die Unternehmer am Tage vorher alle Rinnen hatten sprengen lassen, die Arbeiterschaft am Sonntag zur Arbeit zu verpflichten, damit sie die Versammlung nicht besuchen könnten. Der Versammlungsleiter, Kollege Hubert, stellte zu Beginn den außerordentlich starken Versammlungsbesuch fest, der zweifellos zeige, mit welchem Interesse die Metallarbeiter an die gestellten Aufgaben herantreten, und er hob besonders hervor, daß endlich die gewerkschaftliche Organisation so weit erstarkt seien, daß vier Fünftel der gesamten Arbeiterschaft in Dsnabrück organisiert sind. Die Unternehmer können nun nicht mehr ihre frühere Behauptung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht als die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen seien, weil nur ein Bruchteil organisiert ist, aufrecht erhalten, sondern jetzt sei der zahlenmäßige Nachweis erbracht, daß der überwiegende Teil der Industriebeschäftigten die Organisation der Arbeiter Sache anvertraut hat. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß die Wünsche der Arbeiterschaft durchgesetzt werden können. Kollege Spiegel (Mühlberg) begründete darauf nachstehende, von den Vertrauensleuten der drei in Frage kommenden Organisationen einstimmig aufgestellten Forderungen: 1. Die Arbeitszeit wird auf wochentäglich 52 Stunden verkürzt, und zwar soll die Arbeitszeit in den ersten fünf Tagen der Woche je 9 Stunden und Sonnabends 7 Stunden betragen. Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie die Pausen sollen mit dem Arbeiterausschuß eines jeden Werkes vereinbart werden. 2. Für diejenigen Betriebe, in welchen eine neunstündige Arbeitszeit aus betriebsbeding-

nischen Gründen nicht durchzuführen ist, wird so bald wie möglich nach Beendigung des Krieges die dreifache Wechselfrist eingeführt. In den Sonnabenden wird die Arbeitszeit auf 8 Stunden, und zwar für die erste Schicht von 6 bis 2 Uhr und für die zweite Schicht von 2 bis 10 Uhr abends festgesetzt. 3. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit darf eine Kürzung des Gesamtverdienstes gegenüber dem früheren Zustande nicht eintreten. 4. Die Lohnberechnungsperioden werden in allen Betrieben auf höchstens 14 Tage beschränkt, jedoch muß den Arbeitern in der Woche vor der Schlussrechnung ein Abschlag auf den Verdienst in Höhe des Durchschnittsverdienstes der letzten drei Monate gewährt werden. Wo wöchentliche Lohnzahlungen bereits eingeführt sind, bleiben diese bestehen, am Sonnabend darf keine Lohnzahlung stattfinden. 5. Es werden folgende Einstellungsstundenlöhne festgesetzt, die nach längerer Beschäftigung angemessen zu erhöhen sind. Für gelernte Arbeiter: im Alter von 18 Jahren 95 A., 21 Jahren 130 A.; für angelernte Arbeiter: im Alter von 16 Jahren 75 A., 18 Jahren 88 A., 21 Jahren 110 A.; für Hilfsarbeiter: im Alter von 14 Jahren 45 A., 16 Jahren 57 A., 18 Jahre 85 A., 21 Jahren 95 A.; für Arbeiterinnen: im Alter von 14 Jahren 40 A., 16 Jahren 50 A., 18 Jahren 60 A., 21 Jahren 75 A. Die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter sollen mindestens 30 v. H. mehr verdienen als gleichartige Arbeiter in Tagelohn verdienen. Die Feuerzulagen sollen insoweit beseitigt werden, als sie schon durch Einstellungslohn ausgedrückt sind. Eine Verschlechterung darf für den einzelnen Arbeiter in der Entlohnung nicht stattfinden. 6. Für regelmäßige Nachtschichten wird ein Zuschuß von 1 A. die Schicht bezahlt. 7. Für Ueberstunden werden 10 A. für Nacharbeit (in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) 20 A. Zuschlag auf den Lohn gewährt. Die Zuschläge für die Sonntagsarbeit werden allgemein auf 50 v. H. des jeweiligen Lohnes festgesetzt. In den Betrieben, in welchen eine Verkürzung der Arbeitszeit erst nach Beendigung des Krieges eintritt, wird für die über 9 Stunden hinaus geleistete Arbeitszeit der Ueberstundenzuschlag vergütet. 8. Kann ein Arbeiter ohne sein Verschulden nicht arbeiten, so erhält er für die Zeit des Ausbleibens oder Wartens den Durchschnitt des für die betreffende Kategorie geltenden Lohnsatzes bezahlt. Der Arbeiter ist verpflichtet, andere ihm zugewiesene angemessene Hilfsarbeit zu leisten. Zur Begründung dieser Forderungen führte der Redner aus, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit infolge der überaus schlechten Ernährungsverhältnisse und der dadurch verursachten großen Steigerung der Sterblichkeits- und Krankenzahlen unbedingt notwendig ist. Die organisierte Arbeiterschaft ist gewillt, das Hindernisprogramm, unsere Truppen mit ausreichendem Geschütz- und Munitionsmaterial zu versehen, reiflos durchzuführen. Es gilt aber auch, die Arbeiterschaft vor dem Zusammenbrechen zu bewahren. Während der vierjährigen Kriegszeit ist mit der Arbeitskraft geradezu Raubbau getrieben worden, und es ist daher unbedingt notwendig, zur Erhaltung der Volksgesundheit gegen die weiteren Verschlechterungen des Gesundheitszustandes einen wirksamen Damm aufzurichten. Ist doch hier die Krankenzahl von einem Durchschnitt von 2 v. H. in Friedenszeiten auf 8 v. H. der Gesamtbevölkerung emporgeschwellt. Dies ist ein sehr bedenkliches Zeichen, das allen Volksgenossen die Verpflichtung auferlegt, alle wirksamen Mittel zur Erhaltung der Volksgesundheit anzuwenden. Eine Erzeugungsbremssperre ist nur für eine vorübergehende Zeit in geringem Maße zu erwarten, da die Erfahrung bewiesen hat, daß eine Arbeitszeitverkürzung stets eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsleistung zur Folge hat. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß bereits in den umliegenden größeren Städten (Wiesfeld, Hannover und andere) lange vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt worden ist. Wir vermissen Gründe die neunstündige Arbeitszeit nicht durchzuführen und während der Kriegszeit die dreifache Wechselfrist nicht einzuführen ist, weil infolge des Arbeitermangels eine dritte Schicht nicht eingelegt werden kann. Über diesen Arbeitergruppen muß wenigstens der freie Sonntag gesichert werden, was dadurch am besten zu erreichen ist, daß an den Sonnabenden in zwei Schichten von je 8stündiger Dauer gearbeitet wird. Daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Schwächung des Gesamtverdienstes der Arbeiter nicht eintreten darf, ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Begründung. Dagegen ist es notwendig, daß die jetzigen, besonders die niedrigen Löhne angemessen erhöht werden, damit die Arbeiter ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen vermögen. Notwendig ist ferner, daß die Lohnzahlungsperioden auf höchstens 14 Tage verkürzt werden, denn bei der heutigen Lohnberechnungszeit muß der Arbeiter bei Neueinstellung erst sechs Wochen arbeiten, ehe er Lohn erhält. In der ganzen Metallindustrie hat man auch solche lange Lohnrechnungen selten. Wenn es der Firma Krupp in Essen bei mehr als 120000 Arbeitern und Angestellten möglich ist, aller 14 Tage Lohnzahlungen vorzunehmen, so muß das in den hiesigen Betrieben mit der verhältnismäßig geringen Zahl Arbeiter ebenfalls durchgeführt sein. Desgleichen ist eine Regelung der Entschädigung der Arbeiter für die Zeit, wo sie ohne ihr Verschulden nicht arbeiten können, zum Beispiel bei Betriebsstörungen usw., durchaus notwendig, es ist dies auch schon in größeren Bezirken der Metallindustrie durchgeführt. Das gleiche trifft auch auf die besonderen Vergütungen für die Nachtschicht zu. Redner erklärt, daß die Organisationen diese Forderungen nicht leichtfertig, sondern nach recht reiflicher Überlegung aufgestellt haben. Er empfiehlt deshalb im Auftrage der Vertrauensmänner der beteiligten Organisationen die Annahme der genannten Vorschläge. Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Girtler (Essen), unterzeichnet die Ausführungen Spiegels und betont, daß die deutsche Arbeiterschaft seit vier Jahren Uebermenschliches geleistet hat. In keinem Lande der Welt ist so intensiv gearbeitet worden, wie in Deutschland. Der Kampf der Deutschen um ihre Existenz führt, ist nicht allein ein Kampf der Grenzen, sondern auch ein Kampf der Arbeit. Die Sicherung unserer Grenzen ist nur durch die beispiellose Hingabe der Arbeiterschaft erreicht worden. Nicht zur Verdrückung agitatorischer Bedürfnisse, sondern aus der Erwägung zur Erhaltung unserer Volkskraft haben sich die Organisationen für verpflichtend gehalten, sich dieser Wünsche der Arbeiterschaft anzunehmen und die Forderung zu erheben. In gleichem Sinne sprach der Vertreter des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter, Pieper aus Hannover, aus. Einige Teilnehmer der Versammlung erklärten die vorgeschlagenen Lohnhöhungen für ungenügend, waren aber mit den übrigen Punkten einverstanden. In seinem Schlusswort ging der Vorsitzende Hubert zunächst auf die Ausführungen der Versammlungsteilnehmer ein und erklärte, daß er die gemachten Einwendungen durchaus versteht und würdige. Es sei aber nicht zu verkennen, daß nicht alle Wünsche mit einem Male befriedigt werden können, sondern man lege großes Gewicht darauf, die Forderungen so zu gestalten, daß sie auch in der Öffentlichkeit und den Behörden gegenüber mit allem Nachdruck vertreten werden können. Er beschloß sich dann ausführlich mit einem am 25. Mai d. J. in der Dsnabrücker Zeitung erschienenen Artikel mit der Überschrift: „Löhne der deutschen Arbeiterschaft während des Krieges“, in dem die Löhne der Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit als außerordentlich hoch hinzustellen versucht wird, um damit die Bestrebungen in der jetzigen Lohnbewegung in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. — Die aufgestellten Forderungen wurden einstimmig gutgeheißen und die Organisationsleitung beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit dem Verein Dsnabrücker Metallindustrie auf zentraler Grundlage nachzuführen, damit die Neuregelung möglichst am 1. Juli d. J. in Kraft treten kann.

Kemnitz. Generalversammlung vom 21. April. Kollege Schliebedt erstattete den Kasienbericht vom 1. Vierteljahr 1918. Nach diesem Bericht schloß die Einnahme und Ausgabe bei der Hauptkassa mit 21072,14 A. ab. Die Kassa hatte ihren Bestand von 7152,25 A. auf 9863,90 A. erhöht. Der Mitgliederbestand ist ganz erheblich gestiegen, so daß die Zahl 3000 erreicht ist. Allein an weiblichen Mitgliedern wurden im vorletzten Vierteljahr 441 aufgenommen. In mehrtägigen Ausfahrten gab es

Schließt nun den Geschäftsbericht. Mit zahlreichem Material belegend, konnte er den Vertretern ein Bild von der arbeitsreichen Tätigkeit der Ortsverwaltung im letzten Vierteljahr geben. In zahlreichen Lohnbewegungen konnte der Arbeiterschaft zur Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen verholfen werden. Besonders Augenmerk hatte man auf die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse gerichtet. Sie wurden über ihre rechtliche Stellung und Befugnisse aufgeklärt, damit sie in die Lage kamen, auch wirksam die Interessen ihrer Mitarbeiter in den Betrieben vertreten zu können. Sehr interessante Ausführungen machte der Berichterstatter über die wirtschaftliche Lage in der Eisenindustrie. Er wies auf die gewaltigen Gewinne der Unternehmer hin, die es verstanden hätten, die Lage für sich auszunutzen, während die Arbeiter den ihnen vielfach gezahlten höheren Verdienst meistens nur durch härteres Schuften erreicht hätten. Die Arbeiter hätten es eben nicht verstanden, mit ihrer Arbeitskraft hauszuhalten. Dieses würde sich nach dem Kriege an den Arbeitern rächen. Der Unternehmer würde dem Arbeiter genau sagen, was er zu leisten imstande sei. Es sei darum die heiligste Pflicht der Kollegen, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter sich der Organisation anschleße. Den ausführlichen Bericht nahmen die Vertreter mit lebhafter Zustimmung entgegen, ohne in eine Diskussion darüber einzutreten. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag von Kronenberg ein Antrag vor: „Die Generalversammlung wolle beschließen, den Hauptvorstand zu erlösen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.“ Ferner gingen von zwei anderen Kollegen je eine Entschließung ein, welche sich gegen die Haltung des Verbandes organisierten wandten. Ein Kronberger Kollege begründete den Antrag Kronenberg damit, daß die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung in letzter Zeit in steigendem Maße den Anschauungen der Mitglieder zuwider laufe. Wenn es der Hauptvorstand gesehen lasse, daß die Redaktion unüberwindlich dem Gewächse eines W. Böbling in der Nr. vom 23. Februar d. J. die Mitglieder brüskiere, wenn ferner der Hauptvorstand selbst Aufträge erteile, wie derjenige in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung, so müsse man doch fragen, ob in solchen Handlungen noch der Wille zur Einigkeit zu erkennen sei. Mit allen Mitteln müsse die Geschlossenheit der Organisation aufrecht erhalten werden. Darum sei es dringend notwendig, dem Vorstand wie der Redaktion auf einer außerordentlichen Generalversammlung Klar zu machen, daß, falls sie für ihre Politik Projekte machen wollten, dieses dort zu tun sei, wo der Platz dafür wäre, aber die von den Mitgliedern geschaffenen Verbände einrichten hierzu nicht zu benutzen. Nachdem noch mehrere Kollegen sich gegen die Haltung des Verbandes organisierten ausgesprochen, wurde der Kronberger Antrag mit folgender Entschließung eines Renscheider Kollegen einstimmig angenommen: „Die heute, am 21. April, im Volkshaus zu Renscheid tagende Generalversammlung protestiert in schärfster Weise gegen die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung, die durch ihr einseitiges Eintreten für die Politik der Regierungsozialisten in bewußter Weise die so notwendige Geschlossenheit unserer Organisation gefährdet. Hinter dem Ausschlag des Neutralität der Gewerkschaften verheilt sie die Arbeiterzeitung in das Gefolge einer nationalsozialistischen Opportunitätspolitik zu ziehen. Ganz besonders brüskierend und beleidigend für den übergroßen Teil der Mitgliedschaft ist der Artikel zur Verteidigung in der Friedensfrage von Böbling in der Nr. vom 23. Februar d. J. Mit den dort vertretenen Grundsätzen macht man es unmöglich, den so notwendigen internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft wieder herbeizuführen. Da die Redaktion den Artikel kritisch veröffentlichte, muß er auch ihren Anschauungen entsprechen. Ferner verurteilen wir den Anschluß der Generalkommission an den Bund für Freiheit und Vaterland und erfordern den Hauptvorstand, darauf hinzuwirken, daß Gelder zur Unterstützung dieser arbeitserwidrigen Gründung nicht aus den Mitteln der Generalkommission, welche die Arbeiterschaft aufzuringelt, entnommen werden.“ — Nach Erledigung einiger Verwaltungsangelegenheiten wurde die Generalversammlung mit der Aufforderung, stets für die Organisation tätig zu sein, geschlossen.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir hatten nicht die Absicht, schon jetzt in die Auseinandersetzungen über die Haltung des Vorstandes und der Generalkommission einzugreifen, obwohl man ja schon wiederholt die Verantwortung des Vorstandes und der Schriftleitung durch einander geworfen und auch uns angegriffen hat. Wir hatten uns vorgenommen, eine Mappe zu halten, sobald die Auseinandersetzungen zu einem gewissen Abschluß gelangt seien. Dieser Bericht aus Renscheid zeigt uns jedoch schon jetzt zu einer Erwidrerung. Für die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung war bis zum letzten Verhandlungspunkt maßgebend der auf dem Verbandstage zu Berlin angenommene Antrag 34. Wir haben ihn so genau wie möglich befolgt. Unsere Bestürzung, daß trotzdem weitere unliebsame Auseinandersetzungen nicht unterbleiben würden, hat sich wenigstens insoweit als unzutreffend erwiesen, als auf dem Verbandstage zu Köln kein Wort über die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung geredet wurde, abgesehen von einer beizüglichen Bemerkung eines Berliner Kollegen, die aber auch dieser nicht hätte machen können, wenn er die Metallarbeiter-Zeitung aufmerksam gelesen hätte. Als die Metallarbeiter-Zeitung zur Verhandlung kam, wurde der vom Verbandstage angenommene Antrag 84 (Staat und Gewissen) auch für die Metallarbeiter-Zeitung als maßgebend erklärt. Dagegen hatte niemand etwas einzuwenden. Wir haben auch dieser Beschlüsse bisher nach bestem Wissen und Können befolgt. Für die Haltung unserer Verbandsblätter ist weder die eine noch die andere politische Partei maßgebend, sondern einzig und allein die Rücksicht auf das Wohl unserer Kollegen. Von diesem Standpunkte aus treten wir für möglichst rasche Beendigung des Krieges ein, wir haben uns wiederholt gegen jede Maßnahme erklärt, die geeignet ist, den Krieg zu verlängern oder die Gefahr eines künftigen Krieges herbeizuführen (Annerexionen, Kriegszusicherungen, wirtschaftliche Maßnahmen), die geeignet sind, den Haß zwischen den Völkern zu verschärfen. Als im Osten die Friedensverträge abgeschlossen worden waren, war unser Wissen die Metallarbeiter-Zeitung das erste deutsche Blatt, das darauf hinwies, daß die von der internationalen Gewerkschaftskommission im Oktober 1917 erbotenen sozialpolitischen Forderungen beim Friedensschlusse nicht berücksichtigt werden seien. (Siehe den Brief des Kollegen Dorn in Nr. 12, Seite 4.) Wir haben ferner die Mängel in der Lebensmittellieferung mit einer Schärfe geäußert, die unser Wissen von keinem anderen Blatt übertrifft wird. Alles dies ist so nachdrücklich geschehen, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist. Diesem Maße zu betreiben, halten wir allerdings nicht für unsere Aufgabe, obwohl wir unter den Folgen des Krieges leidenschaftlich ebnen so sehr, wenn nicht noch mehr leiden müssen als die Mehrheit unserer Verbandskollegen. Es geht darum auch jede tatsächliche Grundlage für die Behauptung der Renscheider Kollegen, daß wir durch einseitiges Eintreten für die Politik der Regierungsozialisten in bewußter Weise die notwendige Geschlossenheit unserer Organisation gefährden.“ Unsere Sicherung ist, wie schon gesagt, lediglich durch die Kritik an dem Wohl der Verbandsmitglieder bestimmt und wir werden alles, was geeignet ist, dieses Wohl zu fördern, anerkennen, von welcher Seite es auch kommen möge. Wenn dies bisher noch nicht in dem Maße geschehen konnte, wie es die Renscheider Kollegen wohl gerne gesehen hätten, so ist das nicht unsere Schuld. Begründet ist das nur als einziges Beispiel für unsere angebliche Haltung den Antrag von W. Böbling in Nr. 78 anzuführen. Es würde zu weit führen, wenn wir an dieser Stelle auf den Inhalt des beanstandeten Auftrages eingehen wollten. Es liegt aber die Voraussetzung nahe, daß der Auftrag dem Inhalt nach in Nr. 78 das einzige in der Metallarbeiter-Zeitung ist, das wenigstens einen Schein von sachlicher Berechnung zum Ausdruck bringt. Aber auch dies kann nur für solche gelten, die die betreffende Nummer der Metallarbeiter-Zeitung nur mit sehr geringem Aufmerksamkeitsgrad gelesen haben. Wir hatten der Böbling'schen Abhandlung folgende Vorbemerkung vorausgeschickt: „Der Verfasser bezieht nicht die Stellung auf ein bestimmtes Ziel, was dies nach seiner Ansicht bei der sich stetig wandelnden Lage wichtig ist. Seine Ausführungen werden in einigen Punkten von dem ab, die unter der organisierten Arbeiterschaft verbreitet sind.“

Da sie aber zum Nachdenken anregen können, so stehen wir nicht an, sie zur Kenntnis unserer Kollegen und Leser zu bringen.“ Namentlich die letzten Worte in dieser Vorbemerkung sagen dem denkenden Leser doch deutlich genug, daß wir uns nicht alles zu eigen machen, was in der Abhandlung steht. Der Berliner Magistratsrat Böbling hat sich um die Arbeiterschaft schon mehr Verdienste erworben als mancher von den Verbandskollegen, die jetzt über ihn zu Gericht sitzen. Deshalb hielten wir es für eine Pflicht, seiner Abhandlung Aufnahme zu gewähren und unsere Vorbemerkung nicht zu scharf abweisend zu machen. Für den, der nachdenkt, sagt sie schon genug. Uebrigens befinden wir uns in einer Gesellschaft, die in den Augen der betreffenden Renscheider und Kronberger Kollegen als gute erscheinen muß, nämlich in der Leipziger Volkszeitung. Diese hatte jüngst wieder einmal Streit mit der Internationalen Korrespondenz, weil diese aus einer Veröffentlichung der Leipziger Volkszeitung Folgerungen gezogen hatte, die der letztgenannten nicht paßten. Die Leipziger Volkszeitung schrieb in ihrer Nr. 126 vom 3. Juni dazu unter anderem: „Zu bemerken ist noch, daß die ehrenwerte F. R. außerdem ihren Lesern versichert, daß der Artikel mit der Einleitungszeile versehen ist: Man schreibt uns, daß also die Redaktion zu erkennen gegeben hat, sie lege sich nicht auf alle Ausführungen in dem Artikel fest.“ Die Leipziger Volkszeitung meint also, daß dazu schon die drei Worte hinreichend seien, und daß die F. R. sie nicht miterwidert hat, wird ihr von der Leipziger Volkszeitung im weiteren Verlauf der Erwiderung als „keine Fälligkeit“ angerechnet. Was könnten wir nun im Vergleich damit zu den Angriffen der betreffenden Renscheider und Kronberger Kollegen sagen? Aber selbst wenn man annehmen will, daß sie unsere damalige Vorbemerkung falsch verstanden haben, so war doch jedes Mißverständnis unendlich gemindert durch unsere Bemerkungen: „In eigener Sache“ in Nr. 13, Seite 47. Da haben wir für jeden, der lesen kann, unsere Stellung mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gekennzeichnet. Damit sollte die Sache denn doch endlich erledigt sein, um so mehr, als die Böbling'schen Ausführungen durch den wirklichen Verlauf der Dinge schon längst gegenstandslos geworden sind. Wenn nun noch Kollegen glauben, in Ermangelung anderen Stoffes zur Ernährung diese abgetane Sache von neuem aufwärmen zu müssen, so ist ein solches Verfahren ein Unfug, zu dem wir nicht länger schweigen können. Es handelt sich für sie aber anscheinend nur darum, uns um jeden Preis in den Augen der Kollegen herabzusetzen und unsere Stellung zu untergraben.

Renschen (Baden). Herr Zehlen (Mannheim) sendet uns zu dem Bericht in voriger Nummer folgende „Berichtigung“: 1. Ist nicht wahr, daß in Sachen der Lohnbewegung der Arbeiterschaft der Firma Reiter, Renschen, „ich lange Zeit nichts rührte“. 2. Wahr ist, daß die Firma Keller auf Grund der Lohnangelegenheit eine Entschließungsfrist vom 6. April bis 20. April hatte und am 22. und 23. April verhandelte. 3. Es ist nicht wahr, daß ich am 5. Mai einigen Kollegen aus Renschen den Rat gab: „Geht nur nicht zu scharf vor mit eurer Bewegung, sonst geht die Firma bankrott.“ 4. Wahr ist, daß am 27. April die Renscheider Kollegen davon benachrichtigt wurden, daß mit gleicher Post die unterjährige Eingabe an den Schlichtungsausschuß und die Nachfrist eingetroffen sei, daß die Firma mit unserem Verband verhandelt, die Eingabe an den Schlichtungsausschuß verschoben und das Ergebnis der Verhandlungen abgemacht werden müsse.

Stuttgart. Die guten Worte eines Ingenieurs. Durch hervorragende Behandlung eines zum Heer einberufenen Lehrlings hat der Betriebsingenieur Großpitsch von der S. Sauerbracher Maschinenfabrik, U. G. in Stuttgart, eine Empörung der ganzen hiesigen Arbeiterschaft hervorgerufen. Der Stellenschieberling W. mußte am 31. Mai ins Heer eintreten. Am Schluß der letzten Lohnwoche, am 25. Mai, teilte W. dies im Büro der Firma mit und erbat sich gleichzeitig mit Schluß dieses Tages seine Entlassung. Im Büro wurde ihm seine Entlassung und sein verdienstlicher Lohn mit Einschluß für diesen Tag in Aussicht gestellt mit dem Bemerkten, er solle dies aber Herrn Großpitsch mitteilen. Unstabs-halber ging W. zu diesem Herrn und sagte ihm, daß er am 31. Mai zum Heer müsse und deshalb heute seine Arbeit einstellen möchte. Hieran fuhr ihn Herr Großpitsch (nebenbei bemerkt: Hauptmann d. R.) an mit den Worten: „Du hast wohl deinen Verdienst nicht bekommen, du hast bis zum Donnerstag (30. Mai) zu arbeiten!“ Die Antwort des W.: „Denn nur jeder seinen Verdienst so zusammen hat wie ich“ — war durchaus angebracht. Nach dieser Begegnung wurde der Vater des W. der auch bei der Firma beschäftigt ist, ins Büro gerufen und ihm durch einen anderen Beamten mitgeteilt, die Direktion sehe es nicht gern, daß sein Sohn heute schon zu arbeiten aufhöre. Der Vater solle versuchen, seinen Sohn zur Weiterarbeit wenigstens bis Mittwoch, den 29. Mai, zu veranlassen. Der Vater wollte sich aber hierzu nicht verpflichten, versprach aber, seinem Sohn hiervon Mitteilung zu machen. Der Lehrling wollte aber aus begründlichen Gründen diese fünf Tage als seine letzten Ruhetage verwenden. Diese Auffassung teilte auch sein Vater. Am 27. Mai fragte Herr Großpitsch im Büro nach, ob der Lehrling W. zur Arbeit gekommen sei; als dies verneint wurde, sagte Großpitsch: „Dann haben also meine guten Worte nichts genützt.“ Am nächsten Tage (28. Mai), als der Lehrling sich noch der besten Ruhe erfreute, erschien ein Schutzmann mit dem Auftrag, den Lehrling W. zur Arbeit zu holen, da er schon zwei Tage nicht gearbeitet habe. Die Mutter des W. erklärte dem Schutzmann, daß ihr Sohn am 31. Mai ins Heer eintreten müsse und zeigte auf Verlangen den Stellenschieberling. Der Schutzmann, hierüber ganz erstaunt, ging unverständlicher Dinge von dannen. Der Lehrling hatte aber das Gespräch des Schutzmannes mit seiner Mutter angehört. Ziemere Erregung ließ ihm keine Ruhe mehr, so daß er beschloß, am nächsten Morgen (29. Mai) wieder zur Arbeit zu gehen. Er nahm an, daß er dadurch, wenn er nicht bis zum letzten Augenblicke arbeitete, womöglich seinen Vater und sich selbst schwer schädigen würde. — Was dieser junge Krieger für eine Auffassung über die Behandlung eines Arbeiters mit in den Krieg nimmt, möge sich jeder selbst vorstellen.

Rundschau

Reichstag. Nachdem der Reichstag tagelang seine Klagen über die Handhabung der Zensur und des Belagerungszustandes hatte laut werden lassen, nachdem bei dieser Gelegenheit die Reichsregierung zum hundertsten Male die von ihr selbst verhängten Beschränkungen wenigstens beschränkt hatte, weil sie doch dem Militär keine Besserung abzutrotzen vermog, ging das Haus zur Beratung des Etats des Reichsamts des Innern über. Nicht mehr wie früher, als noch das ganze Gebiet der Reichspolitik und Sozialpolitik diesem Komite unterstellt war, entspann sich an diesem Punkte des Reichstages die große sozialpolitische Debatte, sondern nur Fragen der Kultur, der Verfassungspolitik und des Sozialwesens, freilich weniger wichtig als die Fragen der Sozialpolitik. Der jetzige Staatssekretär des Innern, der frühere Kaiser Oberbürgermeister Lehmann, ist keine Persönlichkeit, an deren Tun oder Lassen sich die Verfassungskritik erndt. Eine selbstgewählte Mittelwegigkeit ist seines Wesens Grundzug, und die ihm von der Natur verliehene Gabe der Beredsamkeit erstreckt sich nicht auf seine Reden. Man fragt sich, wenn man diesen Herrn an der ihm angewiesenen Stelle sieht, immer wieder, nach welchen Gesichtspunkten wohl Minister in Deutschland ausgewählt werden. Für eine ministerielle Erläuterung des besagten Herrn Lehmann haben wir bisher auch noch nicht einmal einen Scherzgrund entdecken können.

Nach dem Etat des Innern der des Kriegs. Beinahe dieselben Klagen in derselben Form wie bei der Zensurdebatte. Es handelt sich um dieselben Mißstände und Verletzungen, mit denen man, sei es zu Recht, sei es zu Unrecht, die Militärbehörden im Lande anregt. Der Hauptteil der vorliegenden Gewalt ist seit dem Ausbruch des Krieges auf die selbstverwundenden Kommandierenden Generale

übergegangen. Die Ernennung des preussischen Kriegsmilitärs zum Oberstleutnant hat an dem Zustand nichts geändert, daß auf Grund veralteter Befehle heute ein pensionierter preussischer General in seinem Korpsbezirk mehr zu sagen hat als ein kaiserlicher Wall in seiner Provinz oder als früher ein russischer Generalgouverneur, der die Raune seines Jutes mit beinahe unverändertem Gewalt ausgestattet hatte. Was für wenige Wochen eines raschen und namentlich auch daneben eines siegreichen Krieges wohl zu ertragen gewesen wäre, ist nicht etwa nur die Auffassung der Sozialdemokratie, sondern darin stimmen alle politischen Parteien (mit einziger Ausnahme vielleicht der mehr und mehr aus dem Volksganzen herausfallenden preussischen Konservativen) und sogar diese verständige Militärs durchaus überein. Minderung? Ach, es gibt nichts, was scharfer zu ändern wäre als eine militärische Einrichtung, denn das deutsche Militär, das — ganz gemäß gegen eigenen Wunsch und Willen — zum Träger der revolutionärsten Bewegung in der ganzen Weltgeschichte in diesem Krieg um das Ende der britischen Welt Herrschaft wurde, ist an sich die konservativste Einrichtung, die man sich nur vorstellen kann. Und ihre leitenden Männer leiden an einer verhängnisvollen Vorstellung, beinahe einer Zwangsvorstellung: ihrer Autorität könne Abbruch geschehen, wenn sie einen Fehler eingestehen oder einen alten Topf abschneiden würden. Was der Reichstag daher auch reden und beschließen mag — es wird wohl bis zum Ende dieses Krieges mit der Zensur und dem Belagerungszustand nicht wesentlich anders werden, als wir es nun schon bald vier Jahre zu beklagen hatten.

Die Hauptaufmerksamkeit wandte sich den Arbeitern der Ausschüsse über die Steuern zu. Als ein Triumph des demokratischen Gedankens, des sonst so arg mißhandelter, kann man die Tatsache verzeichnen, daß der Reichstag aus sich heraus der Regierung zu den von ihr allein vorgeschlagener neuen indirekten Steuern in Höhe von rund 2 1/2 Milliarden Mark eine Anzahl direkt Steuern aufzwang, deren Höhe noch nicht feststeht, aber wohl mindestens 1 1/2 Milliarden Mark ausmachen wird. Der Antrag, den sich dieser Vorschlag stützt, trägt die Unterschriften des Zentrum, der Sozialdemokratie, der Fortschrittler und der Nationalliberalen. Zudem er die Besteuerung des Mehrverdienens, des Vermögens, zumachtes und ursprünglich auch des reinen Einkommens vorseht, konnte er zwar mit den einflussreichen angestammten Steuerfächer den vollen Betrag der indirekten Steuern noch nicht erreichen; aber man darf dabei nicht vergessen, daß ja wegen der eigenartigen Befallung unseres Wirtschaftslebens während des Krieges die indirekten Steuern zum Teil gar nichts, zum Teil nur mit geringer Beträgen zur Hebung gelangen, während natürlich die direkten Steuern voll eingehoben werden.

Der Arbeiterschutz im Jahre 1917. Die Gewerbeaufsichtsbeamten erstatten während der Kriegszeit bekanntlich keine Berichte. Dieser Mangel ist schon oft getadelt worden. Um teilweise Abhilfe zu bringen, veröffentlicht jetzt das preussische Ministerium des Innern einige Zusammenstellungen über die Beschäftigung der Arbeiter in gewerblichen Betrieben und die Nebenbeschäftigung der Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1917. Sie bieten immerhin eine außerordentlich lehrreiche Uebersicht über die gewerbliche und industrielle Entwicklung und den Arbeiterschutz in der Kriegszeit.

Die Zahl der Revisionen gewerblicher Anlagen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen verminderte sich von 177 432 im Jahre 1913 auf 129 464 im Jahre 1917, also um etwa 48 000. Die Zahl der Revisionen in der Nacht verminderte sich von 2 903 auf 1020, die der Revisionen an Sonn- und Festtagen von 4958 auf 1660. Die Abnahme ist in erster Linie auf die Verminderung der Arbeitskräfte der Gewerbeinspektoren zurückzuführen. Stehen doch rund 40 v. H. der Aufsichtsbeamten im Felde. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der wiederholten Besichtigungen eines und desselben Betriebes stark vermehrte. Die Teilnahme der Gewerbeinspektoren an den politischen Unfalluntersuchungen für die Berufsvereinigungen verminderte sich um rund 800 auf 22 312.

Die Zahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern betrug 172 268 gegen 175 436 im Jahre 1913. Diese geringe Abnahme hat hauptsächlich in der Zusammenlegung von Betrieben ihren Grund. Die Zahl der in Wirklichkeit beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter verminderte sich von 2 662 153 auf 1 956 202, dagegen vermehrte sich die der weiblichen erwachsenen Personen von 687 734 auf 1 240 593, also um fast 1/2 Millionen. Es stieg auch die Zahl der jungen Leute zwischen 14 und 16 Jahren von 280 048 auf 327 904 und die der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren von 3584 auf 6012. Die Zahl der revidierten Betriebe betrug 28 v. H. der überhaupt vorhandenen; in den revidierten Betrieben waren 82 v. H. der überhaupt in den revidierten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tätig.

Am bemerkenswertesten ist die Zunahme der ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen. Die Verstöße gegen die Vorschriften über die Dauer der Beschäftigung (das heißt die Zahl der dabei betroffenen einzelnen Arbeiter) vermehrte sich von 2869 auf 6108, die betreffend die Mittagspause von 3733 auf 9292. Die Zahl der Anlagen, wo die Zuwiderhandlungen festgestellt wurden, und die Zahl der bestraften Personen hat allerdings um ein geringes abgenommen. Die Verstöße gegen die Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter blieben der Zahl nach ungeändert die gleichen. Die Zahl der Betriebe, wo solche Zuwiderhandlungen ermittelt wurden, betrug 1754, die Zahl der Bestraften nur 120. Das läßt auf eine recht große Milde schließen. Die erlaubte Sonntagsarbeit hat nach dem Bericht erheblich abgenommen.

Es ist kein erfreuliches Bild, das die Zahlen von dem Arbeiterschutz in der Kriegszeit gewähren. Die vom Ausschuh für Bevölkerungspolitik aufgestellte und vom Reichstag unterstützte Forderung nach Entlassung der Gewerbeaufsichtsbeamten aus dem Heeresdienste wird durch die Uebersichten nur gerechtfertigt.

Vom Ausland

Frankreich. Vom 15. bis 18. Juli d. J. findet ein ordentlicher Gewerkschaftskongress in Limoges statt. Die vom Konföderationskomitee dazu festgesetzte Tagesordnung ist: 1. Haltung und Stellungnahme der Konföderation in den letzten Jahren. 2. Die internationale Konferenz. 3. Wirtschaftliche Fragen. Allgemeine Grundlagen der Arbeitserforderungen.

Die anlässlich der letzten großen Streiks in Paris und der Unruhen im Loirebecken erlassene Erklärung des Konföderationskomitees wurde von der Zensur vollständig unterdrückt. Die Reaktion wütet gegen die Arbeiterklasse mit unerbittlicher Heftigkeit. Von bekannten Gewerkschaftsführern wurde Pericat, ein früherer Sekretär des französischen Bauarbeiterverbandes mitbestraft. Er war einer der Einberuher des „Unabhängigen Gewerkschaftskongresses“ in St. Etienne. Ueber die Verhandlungen dieses Kongresses wurden von der Zensur vom zweiten Tage an ebenfalls alle Veröffentlichungen unterjagt.

Verbandsanzeigen.	Geftorben.
Samstag, 23. Juni:	Hausburg. Frau Sabette Nobel.
Deimar. Volkshaus, halb 9 Uhr.	Rebeccen. 25 Jahre, lungentranf.
Sonntag, 7. Juli:	Kotowacz-Poisdam. Ostfloh.
Section. (Vohleger und Helzer.)	Barthel (165).
Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.	

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rößlestraße 16 B.